



Neonazis voll krass – die RECHTE Szene im Blick

Der Terror von RECHTS ist kein geeignetes Thema für akademische Diskussionen. Die Vormachtstellung rechter Schlägertrupps in einigen Gebieten (insbesondere, aber nicht nur Ost-) Deutschlands und der dazugehörigen Ideologie ist für viele Menschen eine ganz reale Bedrohung. Wir haben in diesem Reader jedoch auf eine Aufstellung der Morde, Hetzjagden, Übergriffe und verbalen Ausfälle verzichtet, da sich damit leider problemlos mindestens ein dickes Buch füllen ließe und täglich neue Verbrechen hinzukommen. In der Linkliste am Schluss des Kapitels findet Ihr Hinweise auf Internetseiten, die sich um eine Dokumentation des rechten Terrors bemühen.

In diesem Kapitel wollen wir Einblicke in Struktur, Zusammensetzung und Auftreten der RECHTEN geben und einige Beispiele für Gegenwehr vorstellen.

Ein besonderer Abschnitt ist dem Thema „rechts und weiblich?“ gewidmet.

Dabei beschränken wir uns hier auf das konkrete Auftreten der RECHTEN und dessen Hintergründe. Es fehlt dabei die genaue Darstellung der ausgrenzenden Gesellschaft und vor allen Dingen der Ideen, Wünsche und Forderungen, die wir an ein nicht-rassistisches und vor allen Dingen gleichberechtigtes Zusammenleben haben, also eine Beschreibung unserer Idee einer Gesellschaft der Freien und Gleichen. Diese zu diskutieren und zu entwickeln ist unentbehrlich für eine sinnvolle antifaschistische Arbeit. Also bildet Gruppen und diskutiert Eure Utopien und deckt auf, wo die jetzige Gesellschaft die freie Entwicklung des/oder der Einzelnen verhindert....

Zum Problem der extremen Rechten

gibt Reinhard Kühnl einen Überblick über mögliche Ursachen und Gegenstrategien

In Option Terror

analysiert Aldred Schobert die NPD im Organisationsgeflecht der extremen Rechten seit der deutschen Einigung.

Um Rechte Dominanz im Alltag

und die Gefahren aus der Mitte der Gesellschaft geht es im Beitrag von Lars Rensmann.

Im Osten nichts Neues?

Fragt Dennis Eversberg in seinem Artikel und beschäftigt sich mit Erklärungsansätzen für das besondere Auftreten von Neonazi im öffentlichen Raum in den ostdeutschen Bundesländern.

Kult der Gewalt

ist ein kurzer Einblick in die Inhalte des Buches White Noise, welches sich insbesondere mit Rechtsrock und der Skinheadszene beschäftigt.

Praxis Falken Kreuzberg

gibt einige Anregungen für eigene Aktivitäten gegen RECHTS

Der Text Internet als Propagandawaffe

(Buchauszug) bietet einen guten Überblick über RECHTE Aktivitäten im World Wide Web.

Aktuelles Gedenken zur Reichspogromnacht / 9.11.

dokumentiert der Beitrag zu einer Aktion der Falken in Frechen

Mit Aktion Noteingang

stellen wir ein Projekt vor, das rechter Dominanz im Alltag entgegenwirken und Schutz vor Übergriffen bieten soll.

The time to act is now

ist ein Appell vom südafrikanischen Freiheitskämpfer Denis Goldberg, in Deutschland endlich wirksam den Rassismus zu bekämpfen.

Viele Bilder

geben einen Einblick in eine Plakat-Wand Aktion der Falken Rheinland-Pfalz. Um Nachahmung wird gebeten.

RECHTS und weiblich

Der Abschnitt RECHTS & WEIBLICH beschäftigt sich mit der Frage, welche Rolle Frauen innerhalb der RECHTEN Bewegung spielen:

Ein Antrag der Bundesfrauenkommission

der Falken gibt einen guten Einstieg ins Thema

Frauenbilder in rechtsextremen Ideologien

von Mariel Renz zeigt auf, welche Rolle Frauen in neonazistischer Ideologie zugewiesen wird.

Mädels im Gleichschritt

von Karin Ceballos Betancur stellt Mädels vor, die in extrem Rechten Zusammenhängen aktiv sind.

Was können wir Mädchen bieten?

ist die Frage, bei deren Beantwortung die abgedruckte Tabelle helfen soll.



Zum Problem der extremen Rechten in der Bundesrepublik

Ich möchte das Problem der Ursachen am Beispiel von vier Aspekten erörtern, die in Ideologie und Praxis der extremen Rechten eine Rolle spielen:

1. Fremdenfeindlichkeit/Rassismus
2. Völkischer Nationalismus
3. Sozialdarwinismus contra Sozialstaat
4. Autoritarismus contra Demokratie

Fremdenfeindlichkeit/Rassismus

Eine soeben fertiggestellte Doktorarbeit an der Universität Marburg hat vergleichend dreizehn europäische Länder untersucht unter der Fragestellung, welche Probleme durch Einwanderung und Fluchtbewegungen entstanden sind und wie die verschiedenen Ländern darauf geantwortet haben. Die Untersuchung konnte zeigen, dass Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sich besonders in den Ländern verschärft haben, in denen bei Regierungen und öffentlicher Meinung bestimmte Reaktionsformen dominierten:

- Über Jahrzehnte hin wurde an der These festgehalten, das eigene Land sei kein Einwanderungsland, die Eingewanderten also Ausländer, Fremde, die nicht dazugehören.
- Dementsprechend wurde das Einbürgerungsrecht sehr streng gehandhabt.
- Integrationskonzepte wurden nicht entwickelt, so dass diese „Ausländer“ tatsächlich in hohem Grade ausgegrenzt blieben.
- In der Bundesrepublik sind diese Merkmale sehr ausgeprägt.

Völkischer Nationalismus

Dass die Eingewanderten nie dazugehören können und also energisch ausgegrenzt werden müssen, wird von der extremen Rechten jedoch auch prinzipieller, d.h. ideologisch begründet: Jedes Volk habe seine wesensmäßigen Eigentümlichkeiten, die es zu verteidigen gelte. Nation sei also keine Territorial- und keine Willensgemeinschaft, sondern eine Abstammungsgemeinschaft

Diese Auffassung hat in der deutschen Geschichte eine lange und bis heute tief verwurzelte Tradition. Sie wurde lange Zeit durch den Hinweis auf Blutströme, also rassistisch begründet. Neuerdings wird der Rassebegriff meist vermieden. Nun soll es die unüberwindliche Fremdheit der Kultur sein, die eine Integration definitiv unmöglich macht. Der Begriff der Kultur ist also in diesem Verständnis funktional gleichbedeutend mit dem Begriff der Rasse. Insoweit ist die Neue Rechte die alte Rechte mit neuem, modernisierten Vokabular, mit der Abkehr von NS-Apologie will die Neue Rechte zugleich einen Brückenschlag zwischen extremer Rechten und Konservatismus ermöglichen.

Die Überwindung dieses völkischen Nationalismus wäre ein bedeutsamer Beitrag zur Prävention gegenüber rechtsextremer Agitation.

Sozialdarwinismus contra Sozialstaat

Marktwirtschaft und Konkurrenzkampf produzieren, wenn sie sich ungehemmt entfalten können, enorme soziale Ungleichheit und soziale Zerklüftungen im eigenen Land wie auch weltweit. Für die Individuen bedeutet dies die alltägliche Erfahrung, dass der Stärkere sich eben durchsetzt und der Schwächere auf der Strecke bleibt, dass ihre soziale Existenz von extremer Unsicherheit geprägt ist und dass die Angst vor dem Morgen offen oder latent präsent ist.

Dies ist die Erfahrungswelt, aus der der Sozialdarwinismus, der das Recht des Stärkeren als Naturgesetz proklamiert, seine Glaubwürdigkeit bezieht. Auf dieser Grundlage entwickelt die extreme Rechte von jeher ihre Ideologie, dass die Schwächeren, für den Lebenskampf nicht ausreichend Qualifizierten, in der eigenen Gesellschaft eliminiert werden müssen und dass Geschichte nichts anderes ist als der ewige Kampf der Völker und Rassen um ihr Daseinsrecht, bei dem das Recht des Stärkeren einziges Gesetz ist.

Der Hass gegen die Schwächeren ist also doppelt begründet: in der Überzeugung, dass die „überflüssigen Esser“, wie sie in der NS-Politik hießen, für die „nationale Gemeinschaft“ in ihrem Kampf gegen andere Völker und Staaten eine Belastung darstellen; aber auch darin, dass andere Menschen in dieser Perspektive rein instrumentell betrachtet werden, d.h. danach, welchen Nutzen sie erbringen. (...)

Wenn also die sozialstaatlichen Sicherungen vermindert werden und zugleich die „Systemparteien“ wie die extreme Rechte sagt, sich als unfähig erweisen, die großen sozialen Probleme zu lösen und soziale Sicherheit zu gewährleisten, steigen die Chancen der extremen Rechten, Teile der Bevölkerung mit ihrer Agitation und ihren „Lösungsangeboten“ zu erreichen. Denn diejenigen, die nach ihrem Weltbild sowieso die Gegenwart und die Zukunft der Deutschen bedrohen, gelten auch als verantwortlich für die soziale Misere. (...)

Dass insbesondere die „Ausländer“ rein instrumentell betrachtet werden, ist in der Bundesrepublik dadurch befördert worden, dass die ausländischen Arbeitskräfte und ihre Familien jahrzehntelang von den maßgeblichen Repräsentanten in Politik und öffentlicher Meinung so gut wie ausschließlich unter dem Aspekt von Kosten und Nutzen bewertet worden sind und der Gedanke der allgemeinen Menschenrechte kaum eine Rolle gespielt hat.

Prävention hätte hier also abzielen auf volle Wiederherstellung und resoluten Ausbau des Sozialstaats.

Der große und ständig wachsende gesellschaftliche Reichtum, der in der Bundesrepublik produziert wird, würde dies durchaus ermöglichen – entsprechende Steuergesetze vorausgesetzt, die die enorm angewachsenen Diskrepanzen zwischen Arm und Reich übrigens lediglich etwas mildern würden.

Zugleich wären Bemühungen zu verstärken, gegenüber dem Wertmaßstab der instrumentellen Nutzung



von Menschen und Menschengruppen – ein Ausdruck der Marktlogik – die Gedankenwelt der Menschenrechte und deren Universalität populär zu machen.

Autoritarismus contra Demokratie

Die Dynamik des Konkurrenzkampfes schafft permanent Ungleichheit und befördert die Anschauung, dass es von Natur aus Starke und Schwache, Höherwertige und Minderwertige gibt. Von dieser Weltanschauung aus gesehen erscheint die Demokratie mit ihrem Prinzip „gleiche Rechte für alle“ als unnatürliche und absurde Staatsform. Adolf Hitler hat dies in seiner berühmten Rede vor dem Düsseldorfer Industrieklub am 27. Januar 1932 überzeugend dargelegt. Diese Alltagserfahrung ist in der Tat geeignet, autoritäre Denkmuster zu befördern.

Eine zweite Alltagserfahrung kann in die gleiche Richtung wirken. Die Realität der politischen Willensbildung erzeugt vielfach den Eindruck, dass das gemeine Volk nichts zu sagen hat, dass „die da oben“ ja sowieso machen, was sie wollen. Diese Auffassung hat ihre reale Basis einerseits darin, dass die Prozesse der politischen Willensbildung sehr komplex und für viele kaum durchschaubar sind. Andererseits aber auch darin, dass Grundentscheidungen über die Gestaltung der Gesellschaft und über die Lebensbedingungen der großen Mehrheit der Bevölkerung der demokratischen Willensbildung gänzlich entzogen sind. Sie werden getroffen von denen, die als Privateigentümer über die materiellen Grundbedingungen der Gesellschaft verfügen. (...)

Prävention würde hier also heißen, dass die Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung auf allen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen auszubauen wären: von der betrieblichen Mitbestimmung bis zu Volksbegehren und Volksentscheid.

Ermütigung von Zivilcourage – Antifaschismus

Von größter Bedeutung ist es, alle diejenigen zu ermutigen, die mit der Ideologie und den Zielen der extremen Rechten nicht übereinstimmen. Hier haben die zuständigen Institutionen der Bundesrepublik nun offensichtlich versagt: Gerade die politischen Gruppen und Positionen, die sich im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus besonders engagiert haben, wurden und werden vielfach behindert und oft genug öffentlich herabgesetzt (sogar in den Verfassungsschutzberichten). ... Wenn Antifaschismus als „Linksextremismus“ betrachtet und mit dem „Rechtsextremismus“ im wesentlichen gleichgestellt, als gleichrangige Gefahr für die Demokratie in der Bundesrepublik dargestellt wird, hat das sehr negative Folgen für die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten. Die Ermütigung und Förderung von Ideen und Aktivitäten, die sich gegen die extreme Rechte richten, sollte also selbstverständlich auch solche Positionen einschließen, die sich als

antifaschistisch verstehen. Dies sollte auch dann gelten, wenn solche Gruppen der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik kritisch gegenüber stehen, sich aber zugleich eindeutig zu den Grund- und Menschenrechten bekennen. Denn die Möglichkeit einer Veränderung der Gesellschafts- und Eigentumsordnung durch den Volkssouverän ist ja durch das Grundgesetz (Art. 15) ausdrücklich gewährleistet, insoweit hält das Grundgesetz die Zukunft offen.

Verbotsmaßnahmen?!

Soweit rechtsextreme Organisationen Gewalt und Terror praktizieren und rechtfertigen, sind sie zu verbieten. Dies ist der Wille der Verfassung und er ist – nach den Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus – gut begründet. Es gilt dies auch für Ideologien wie Nazismus, Antisemitismus und Rassismus. Sie stellen nicht eine politische Meinung neben anderen Meinungen dar, sondern tragen in sich die Tendenz, mörderische Konsequenzen hervorzubringen. Dies zeigt die historische wie die aktuelle Erfahrung und dies zeigt auch die inhaltliche Analyse.

Hier ist im Kampf gegen die extreme Rechte viel versäumt worden seit Jahrzehnten. Das gängige Argument, Verbotsmaßnahmen drängten die extreme Rechte in den nicht mehr kontrollierbaren Untergrund und mache sie deshalb um so gefährlicher, ist unzutreffend. Ein energisch durchgeführtes Verbot nimmt der extremen Rechten die Möglichkeit, weiterhin in der Öffentlichkeit für ihre Ziele zu werben, womit ihre Chancen, Zulauf zu gewinnen, minimiert werden.

Verbotsmaßnahmen gegen solche Vereinigungen, Organe und Aktivitäten bedürfen jedoch keiner zusätzlichen Rechtsnormen. Besonders eindringlich ist vor dem Verlangen zu warnen, den Staatsorganen neue Ermächtigungen zu geben, die eine Einschränkung der demokratischen Rechte der Bürger, z.B. des Demonstrationsrechts oder der politischen und wissenschaftlichen Meinungsfreiheit beinhalten. Auch eine Verschärfung des Jugendstrafrechts wäre ein Schritt in die falsche Richtung.

Folgerungen

Mit diesen Überlegungen soll gezeigt werden, dass die Gesamtheit der politischen, sozialen und kulturellen Bedingungen unserer Gesellschaft ins Auge gefasst werden muss, um die Erfolgsmöglichkeiten der extremen Rechten zu erkennen, und dass es also umfassende Bemühungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erfordert, um der extremen Rechten grundlegend und dauerhaft die Chancen auf politische Wirksamkeit zu nehmen.

Auszüge aus einem Beitrag von Prof. Dr. Reinhard Kühnl (Universität Marburg) für eine Anhörung im Bundestag am 25. Oktober 2000 - entnommen den Antifaschistischen Nachrichten 22/2000 -



Option Terror

Die NPD im Organisationsgeflecht der extremen Rechten seit der dt. Einigung

Die aktuelle Debatte um die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland konzentriert sich, seit Überlegungen über das Verbot der NPD kursieren, auf diese Partei. Sie steht auch im Mittelpunkt der folgenden kurzen Bestandsaufnahme zur Entwicklung der extremen Rechten in den neunziger Jahren, wird aber nicht isoliert betrachtet werden. Die NPD steht in einem Verhältnis von Kooperation und Konkurrenz mit anderen Organisationen der extremen Rechten. Ausgehend von der NPD analysiere und sortiere ich die Praxis verschiedener Organisationen der extremen Rechten nach der jeweils dominanten politischen Option.

Vorweg noch ein Wort zur Terminologie: In Abweichung vom medienpolitischen Diskurs, der darin der offiziellen Verfassungsschutzdoktrin folgt, spreche ich, dem internationalen wissenschaftlichen Sprachgebrauch folgend, von der „extremen Rechten“ und nicht von „Rechtsextremismus“. Dieser Begriff zieht nämlich quasi automatisch den des „Linksextremismus“ nach sich und führt zu der kruden Konzeption, eine gute politische Mitte sei von „Links-“ und „Rechtsextremismus“ gleichermaßen bedroht. Damit wird erstens die gesellschaftliche Mitte von Rassismus und völkisch-nationalistischen Tendenzen freigesprochen. Zweitens gehört es zur gängigen Praxis der Verfassungsschutz-Behörden, den Antifaschismus als linksextremistisch zu diskreditieren.

NPD - älteste existierende Partei der extremen Rechten

Die NPD ist die älteste noch existierende Partei der extremen Rechten in der Bundesrepublik. Sie entstand 1964 aus der Deutschen Reichspartei um Adolf von Thadden und anderen Gruppierungen der extremen Rechten. Doch die NPD von heute hat mit der Partei, die in den 60er Jahren bei mehreren Landtagswahlen erfolgreich war und 1969 bei einer Mitgliederzahl von 28.000 den Einzug in den Bundestag mit 4,3 Prozent der abgegebenen Stimmen relativ knapp verpasste, nicht mehr viel gemein. Genau genommen verdient sie den Namen Partei nicht. Die Süddeutsche Zeitung brachte die Metamorphose der NPD auf die Formel „vom biederem Altherrenbund zur rechten APO des Ostens“ - eine Kennzeichnung, die allerdings Westdeutschland zu gut wegkommen lässt.

Heute zieht die NPD mit einem „Drei-Säulen-Konzept“ in den Kampf. „Kampf um die Köpfe“, „Kampf um die Parlamente“ und „Kampf um die Straße“ heißen die Parolen, unter denen sich die NPD im konkurrierenden und kooperierenden Geflecht von Gruppen und Organisationen der extremen Rechten positioniert. Diese drei Parolen verweisen auf die drei Optionen, nach denen sich, freilich in unterschiedlicher Gewichtung bei der jeweiligen Kombination, alle Aktivitäten von Organisationen der extremen Rechten sortieren und analysieren lassen.

„Kampf um die Köpfe“ meint die häufig auch „metapolitisch“ genannte Option, den Kampf um die „kulturelle Hegemonie“ - ein materialistisches Konzept, das der italienische Marxist Antonio Gramsci entwickelte und das die „Neue“ Rechte, idealistisch verkürzt, entlehnte. Diese Option ist in aller Breite medial zum

Thema gemacht worden, als die „Neue“ Rechte sich im wiedervereinten Deutschland unter Bundeskanzler Helmut Kohl, bestärkt durch die völkisch-nationalistische Welle anlässlich der Asylkampagne, Hoffnungen auf politische Einflussnahme machen konnte.

Symbolisch stehen dafür rückblickend die Ausrufung Steffen Heitmanns zum CDU/CSU-Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten im Herbst 1993, die Proklamation des „Kulturkampfes“ durch Eckehard Fuhr in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und die Umstellung der Zeitung Junge Freiheit auf wöchentliches Erscheinen Anfang 1994. Bekanntlich blieb Heitmann in der Provinz, und die Bundesrepublik bekam einen Herzog. Der *Jungen Freiheit*, deren Redaktionsmannschaft sich illusorisch in der Rolle des Flaggships im „Kampf um die Köpfe“ sah, blieb zwar die finale Havarie bis heute erspart. Doch ihr einziger Erfolg besteht darin, überhaupt noch bei karger Auflage und durch Spender gedopt zu bestehen, was dann gerade mal ausreicht, um das Vorbild für die Umgestaltung des NPD-Zentralorgans Deutsche Stimme abzugeben.

Der Marsch „Ruck-wärts in die Zukunft“ mit Herzog, Kohl und Wolfgang Schäuble, der als kommender Mann der Union in seinem Buch „Und der Zukunft zugewandt“ etliche Ideologeme der von der „Neuen“ Rechten wiederbelebten sog. „Konservativen Revolution“ der zwanziger Jahre in modernisierter Form aufgegriffen hatte, endete im Herbst 1998 bei Rotgrün. Die kürzlich angestoßene Gründung eines „Reemtsma-Instituts von rechts“ namens Institut für Staatspolitik ist das Eingeständnis, dass die großspurig angekündigte „geistepolitische Offensive“ materiell auf zu schwachen Füßen stand.

Auch diejenigen Organisationen, die sich dominant der populistisch-parlamentarischen Option, dem - im NPD-Jargon gesprochen - „Kampf um die Parlamente“, verschrieben haben, waren relativ erfolglos. Bundesweite parlamentarische Erfolge blieben aus, die Fünf-Prozent-Hürde wurde nicht übersprungen. Unter Rolf Schlierer konnten sich die REPs in Baden-Württemberg als Partei des strammen Wohlstandschauvinismus parlamentarisch etablieren. In den anderen Bundesländern scheiterten die REPs mehr oder minder deutlich. Die Deutsche Volksunion (DVU), das parteiförmig organisierte Unternehmen des Münchener Verlegers Gerhard Frey, war in mehreren Bundesländern bei Wahlen erfolgreich, so zuletzt in Sachsen-Anhalt mit 12,7 Prozent. Als Partei und in Parlamentsfraktionen erweist sich die DVU indes als unfähig.

erhoffte Erfolge bei Posten blieben aus

Allen Organisationen, die sich der metapolitischen oder der populistisch-parlamentarischen Option verschrieben, blieben die erhofften großen Erfolge im Kampf um politische Posten nebst der in Mark und Pfennig zu beziffernden Mitnahmeeffekte weitgehend versagt. Gewiss kommen über Wahlkampfkosten-Rückerstattung und über die (wenigen) Landtagsfraktionen erkleckliche Summen zusammen, doch bleiben diese unzureichend



für den Aufbau eines professionellen Parteiapparates, der in nennenswertem Umfang gut dotierte Posten zu bieten hätte. Zwar hatten sie, gerade in den Fragen Asyl und dann der sog. „Ausländerkriminalität“ Forderungen vorgegeben, die dann Regierungspolitik wurden, doch konnten sie ihren Einfluss kaum in greifbare Erfolge für die eigene Organisation und ihre Funktionäre umsetzen.

Doch sollt dieser Karriere-Aspekt keineswegs unterschätzt werden, gerade bezüglich des akademisch gebildeten rechten Nachwuchses, der darauf zielt, Ideen und Eigeninteressen möglichst gut in Einklang zu bringen. Die personelle Auszeichnung bspw. der Jungen Freiheit ist in ihrem Impressum abzulesen. Für völkisch-nationalistische Burschenschaftler bspw. ist der Karriereversuch innerhalb der Unionsparteien (insbesondere bei deren „Vertriebenen“-Block) mit Abstand aussichtsreicher und materiell lukrativer als der analoge Schritt Richtungs REPs & Co. In Schliersers Truppe mag der Konkurrenzdruck geringer sein, aber es sind auch weniger Posten zu holen.

Welche Grenzen das Karrierejogging in auf die metapolitische Option spezialisierten Kreisen hat, zeigt der Fall Rainer Zitelmann. Der war Anfang der neunziger Jahre als verlegerischer und publizistischer Tausendsassa bei den Verlagen Ullstein und Propyläen sowie bei der Tageszeitung Die Welt ein Hoffnungsträger für die extreme Rechte. Doch er stolperte bald politisch und wurde redaktionsintern degradiert. Erfolglos blieb auch der Versuch, auf der Basis der bisherigen publizistischen Erfolge gemeinsam mit dem vormaligen Generalbundesanwalt Alexander von Stahl und anderen die FDP, angefangen beim Berliner Landesverband, nach rechts auf „nationalliberalen“ Kurs zu bringen. Voller Häme meldete die Junge Freiheit kürzlich, Zitelmann werde nun als selbständiger Unternehmer „Positionierungs-Beratung“ für Immobiliengesellschaften betreiben. „Am Gelde hängt alles, zum Gelde drängt alles“, spottete die rechte Postille.

honoriges Image und Strassenterror

Die auf ein honoriges Image zielende Publizistik der extremen Rechten wie auch die Parteien REPs und DVU nehmen durchweg ostentativ Abstand von Akteuren, die sich der terroristischen Option verschrieben haben. Glaubwürdig ist das nur sehr bedingt: Bei der Schaffung eines dem rechten Straßenterror dienlichen Klimas stehen sie nämlich an vorderster Front. Auch ist ihre Rolle als Stichwortgeber für Theorieversatzstücke und auf die gesamte Tradition des europäischen Faschismus zurückgreifende Heroenpflege unübersehbar. Aus eigener Kraft wären die kämpfenden Truppen (mit ihrem hohen Anteil an Dumpfbacken und Koma-Säufnern) gewiss nicht auf Vorbildfiguren wie den rumänischen Faschisten Corneliu Zelea Codreanu und seine Eiserne Garde oder den „Kshatrya“ genannten Krieger des italienischen spirituellen Faschisten Julius Evola gekommen. Mittlerweile liest man über sie auch im NPD-Organ Deutsche Stimme.

Die NPD, ihre Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) und der Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB) der neunziger Jahre nehmen weit weniger Rücksicht auf ein honoriges Image. Im

Gegenteil, sie ernten gezielt auf dem von der rechten Parteikonkurrenz wenig beachteten Feld. Über die Unsitten von kampffähigen glatzköpfigen Komasaüfern allenfalls die Nase rümpfend, suchen sie den Kontakt, ja das Bündnis mit den Militanten. Entsprechend sind diese auch im NPD-Vorstand repräsentiert. Die Militanten haben ihrerseits ein großes Interesse daran, nach dem Verbot einiger ihrer Organisationen Anfang der neunziger Jahre ein neues parteiförmiges Dach zu finden. Dabei geht es ihnen indes nicht um die parteitypischen Aktivitäten wie Beteiligung an Wahlen, sondern vor allem darum, bei der Anmeldung ihrer Aufmärsche vom Parteienprivileg zu profitieren.

Deutlich wird dies auf der Homepage der JN Duisburg. Die Kameraden operieren zugleich unter den Namen „Kameradschaft Duisburg“ und „Junge Nationaldemokraten“. Als ihr Logo dient das Bild eines vermummten Kämpfers mit Schnellfeuergewehr - das zeigt, wo's lang geht. In ihrer Selbstdarstellung schreiben die Duisburger Kameraden über ihr Verhältnis zur Partei: „Ende 1997 entschieden sich mehrere Duisburger Nationalisten dazu, eine JN-Kameradschaft zu gründen. Vorausgegangen waren lange Strategieüberlegungen hinsichtlich der Frage, wie das System am wirkungsvollsten bekämpft werden könne [...]. Hauptfrage war, ob man das Konzept der freien Kameradschaften verfolgen oder doch der NPD/JN beitreten sollte. Für ersteres sprachen die Erfahrungen der Kameraden, da der Großteil aus verbotenen Organisationen wie NF und FAP stammte. Für letztere Option sprach die Logistik und der Schutz einer relativ großen Partei. [...] Den letztendlichen Ausschlag für diese Option brachte jedoch die veränderte ideologische Ausrichtung der Partei sowie der wesentlich radikalere Kurs zu deren Durchsetzung. [...]

Dank Udo Voigt, dem NPD-Parteivorsitzenden, vollzog sich die Radikalisierung der NPD glücklicherweise sehr schnell und auch weitgehend problemlos. Sozialistische Ideen der früheren Kleinstgruppen wie z.B. der NF oder der Direkten Aktion sind inzwischen zum festen Bestandteil geworden, alte Mitkämpfer aus diesen Gruppen sind zu Führungskräften der NPD avanciert.“

Reibungslos geht diese Kooperation selbstverständlich nicht vonstatten, wie auch andere Erfolgskapitel der jüngeren NPD-Geschichte zu Konflikten führen. So stagniert die in den letzten Jahren unter dem Vorsitzenden Udo Voigt angestiegene Mitgliederzahl der Bundespartei trotz Zuwächsen in einzelnen Landesverbänden bei 6.000, da andere Landesverbände unter Austrittswellen leiden. Anfang 1999 verließen etliche Mitglieder um den ehemaligen Landesvorsitzenden Ronny Grubert den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und gründeten die Soziale Volkspartei (SVP), die bald in der Versenkung verschwand. In Thüringen spaltete sich der Bund Deutscher Patrioten um den vormaligen Landesvorsitzenden Frank Golkowski ab. Für Konfusion in der gesamten Partei sorgte die programmatische Debatte um den „nationalen Sozialismus“. Diese flößte den antikommunistisch geprägten Altmitgliedern in Westdeutschland Angst und Schrecken ein.

Die terroristische Option wird selten mit einem rationalen Erfolgskalkül verbunden; häufig will man mit dem Kopf durch die Wand ins „Reich“ stürmen. Dieses „Reich“ wird nicht kommen, so effektiv im fürchterlichsten Sinne der Kampf der Militanten auch ist. (Überlegungen über die Partei bzw. die Organisation als Karrieresprungbrett entfallen hier oder werden



illusionär auf die Zeit nach der „Machtübernahme“ verschoben.)

Keine Aussicht auf Erfolg im Sinne der Erringung der Macht bietet die terroristische Option deshalb, weil jetzt schon deutlich ist, dass das Treiben der Nazis die Konsolidierung des neuen Deutschlands auf Platz 2 innerhalb der G-7-Staaten und in dominanter Rolle in der EU stört. Das - und nicht die zahlreichen vollendeten Tötungsdelikte, die in der herrschenden Diskussion nicht einmal vollzählig vorkommen - ist die Ursache für die hektische Umtrieblichkeit der ganz großen Koalition von Beckstein bis BDI für den antinazistischen Widerstand Deutschland.

Diese mag vorübergehend den (Neo)Nazis den Wind aus den Segeln nehmen, auch ein effektiv durchgeführtes Verbot der NPD wäre mehr als bloße Symbolik. Doch ohne einen wirklichen Politikwechsel (und das meint etwas anderes als den „Regierungswechsel“ genannten Personalaustausch) wird weiter für rechten Nachwuchs gesorgt sein. Verantwortlich dafür sind - ich muss nun aus Zeitgründen grob verallgemeinern - die herrschende neoliberale Politik (auch unter Rotgrün) und die unter dem Schlagwort „Globalisierung“ gefassten Phänomene und - dies ist besonders wichtig, da es um die Formierung von Subjektivität geht - die daran gekoppelte Produktion von „Normalität“.

„Sonntagsrede“ Martin Walsers

„Normalität“ ist, wie Jürgen Link überzeugend zeigt, nichts Natürliches, sondern ein gesellschaftliches Produkt, das verschieden ausgeprägt sein kann (und nicht identisch mit religiöser oder juristischer Normativität). Gegenüber einer flexiblen „Normalitäts“-Vorstellung ist in den letzten Jahren insbesondere in der Asylkampagne eine fast paranoid zu nennende „Normalitäts“-Vorstellung (wieder) stärker geworden, die mit prämodernen Mitteln auf die vermeintliche Notwendigkeit fester Grenzziehung und Reinheit besteht. Hier regiert das Entweder-Oder, man ist entweder normal oder anomal, gesund oder krank/wahnsinnig/pervers, deutsch oder undeutsch; es gibt kein ‚Dazwischen‘, keine erlaubte graduelle Abweichung. Die panischen Reaktionen auf die zaghafte Aufweichung des Abstammungsprinzips (das homogene, reine deutsche Volk) durch die begrenzte Ermöglichung doppelter Staatsbürgerschaft ist ein deutliches Zeichen. Ebenso die sich wieder deutlicher artikulierenden antisemitischen Stimmungslagen; hier hat die „Sonntagsrede“ von Martin Walser in der Frankfurter Paulskirche, die von den Anwesenden (mit an einer Hand abzuzählenden Ausnahmen) bejubelt wurde, als Türopfer funktioniert. Und schon jetzt zeichnet sich in den Feuilletons ab, dass das für Februar 2001 angekündigte Buch von Norman Finkelstein hier weiter wirken wird.

So lange sich der Kampf gegen rechts auf einige administrative Maßnahmen und ein bißchen Jugendarbeit beschränkt und gleichzeitig die Politik des institutionellen Rassismus (Abschiebungen usw.) fortgesetzt wird, zudem weiterhin rassistische und völkisch-nationalistische Signale von der offiziellen Politik ausgehen und - nochmals grob verallgemeinert - im allgemeinen die neoliberale Politik fortgesetzt wird, wird also für rechten Nachwuchs gesorgt sein. Das reicht für die Nazis nicht zur Machtübernahme, langt aber für die handlungsleitende Fantasie von der Machtübernahme mit den Mitteln des Terrors. Insofern soll hier keineswegs abgewiegelt

werden, der Kampf gegen die extreme Rechte lenke von irgendetwas Wichtigem ab (bspw. dem Kampf gegen institutionellen Rassismus) und könne getrost den repressiven Staatsapparaten überlassen werden.

Die Fantasie von der Machtübernahme mit den Mitteln des Terrors wird in NPD-Parteiorganen unverblümt artikuliert. Unter dem Titel „NPD 2000. Mit geschlossenen Reihen vorwärts“ zeigte sich der sächsische NPD-Landesvorsitzende Winfried Petzold im Parteiorgan Sachsen Stimme (1/2000) begeistert über „volkstreuere Jugend“, die sich „zunehmend in Freie Kameradschaften zusammen“ findet. Kraft seines Amtes stellt er über die „Freien Kameradschaften“ fest: „Diese bilden wichtige Vorfeldorganisationen für unsere Partei“, und zwar für nichts Geringeres als den „Endkampf“. „Der zweifellos bevorstehende Endkampf“, so der sächsische Nationalapokalyptiker weiter, „bedarf gut geschulter politischer Soldaten, die aus voller Überzeugung bereit sind, im Notfall alles zu opfern, ja das Letzte zu geben.“

Diesem Kamikaze-Kurs setzte der NPD-Neuzugang Horst Mahler noch eins drauf, und zwar nach Beginn der Verbotsdebatte, in deren Folge Mahler in die NPD eintrat. Mahlers Diktion ist mittlerweile kaum mehr von den obskuren völkischen Kreisen der zwanziger und dreißiger Jahre zu unterscheiden (das beginnt schon bei der systematischen Großschreibung des Adjektivs „deutsch“), sein völkischer Wahn kann mittlerweile mit dem von Erich und Mathilde Ludendorff konkurrieren.

In Texten auf seiner Homepage gibt Mahler seiner Überzeugung Ausdruck, die Bundesrepublik Deutschland werde in Wahrheit von einer jüdischen „geheimen Regierung“ beherrscht. Die NPD gehöre an die vorderste Front gegen diese Fremdherrschaft, dann rücke die Machtergreifung in greifbare Nähe:

„Die Drahtzieher dieser deutschfeindlichen Umtriebe sind unmittelbar dafür verantwortlich, daß die natürliche - quasi instinktive - Gegenwehr des Deutschen Volkes gegen seine Umvolkung zu einer afro-euro-asiatischen Mischrasse keinen politischen Ausdruck finden kann und deshalb sich hilflos und ohnmächtig in verbrecherischen Gewaltakten zeigt. Jene Verleumder des Deutschen Volkes und die Strippenzieher hinter den Kulissen sind die ersten, die für dieses Verbrechen - wenn das Deutsche Reich ihrer habhaft geworden sein wird - zur Verantwortung zu ziehen sein werden. [...]

Die Nutznießer dieser hilflosen Gewalttätigkeit wissen genau, daß die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) kameradschaftlich auf die Ratlosen und Verzweifelten einwirkt, um deren berechtigte Wut vor sinnloser Verpuffung zu bewahren und in Antriebskraft für die politische Erhebung des Deutschen Volkes zu verwandeln. [...] Die jetzt in den Medien losgetretenen Verbotsdebatte ist ein letzter verzweifelter Versuch, den Vormarsch des Jungen Deutschland zu stoppen und unser Volk in einen Bürgerkrieg zu stürzen. [...] Das ist der Anfang vom Ende dieses Vasallenregimes, das jetzt sehr schnell von der Bühne abgeräumt werden wird. [...] Deutschland wird den unser Volk vereinigenden Aufstand wählen und siegen. [...] Wir alle müssen uns gegenwärtig halten, daß wir uns im Krieg befinden und das Deutsche Reich unseren Beitrag zur Verteidigung des Deutschen Volkes jetzt einfordert und uns auch persönliche Opfer zumutet. Es ist jetzt die Zeit, uns unserer Ahnen würdig zu erweisen.“

So abgedreht das klingt, muss diese Kriegserklärung an die Republik doch ernst genommen werden. Die



von Petzold und Mahler angesprochene Bereitschaft zum Opfer meint ja nicht in erster Linie das kollektive Selbst-Opfer, womit sich die Sache schnell erledigte, sondern sie fordert Opfer (gegebenenfalls aber auch das Selbst-Opfer, man denke an den eigenen Tod einkalkulierende Anschläge). Deren Liste aus den letzten zehn Jahren ist lang, viel länger als in den offiziellen Statistiken ausgewiesen, und jedes Opfer (Flüchtlinge, Obdachlose, Punks...) ist eines zu viel.

Alfred Schobert ist Mitarbeiter im AK Rechts am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (Siegstr. 15, 47051 Duisburg; Fax 0203-287881)

Neueste Veröffentlichungen:

gemeinsam mit Siegfried Jäger als Herausgeber: Weiter auf unsicherem Grund. Faschismus - Rechtsextremismus - Rassismus. Kontinuitäten und Brüche. Duisburg: DISS 2000

gemeinsam mit Martin als Herausgeber (geplant): Ein „jüdischer David Irving“. Norman G. Finkelstein im Diskurs der Rechten - Erinnerungsabwehr und Antizionismus. Duisburg: DISS erscheint 2001.



Bücher / Lesetipp

Martin Dietzsch/Siegfried Jäger/Alfred Schobert (Hg.): Endlich ein normales Volk? Vom rechten Verständnis der Friedenspreis-Rede Martin Walsers. Eine Dokumentation.

Duisburg: DISS 1999

Annelie Buntentbach/Helmut Kellershohn/Dirk Kretschmer (Hg.): Rückwärts in die Zukunft. Zur Ideologie des Neokonservatismus. Duisburg: DISS 1998

Helmut Kellershohn (Hg.): Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit. Duisburg: DISS 1994

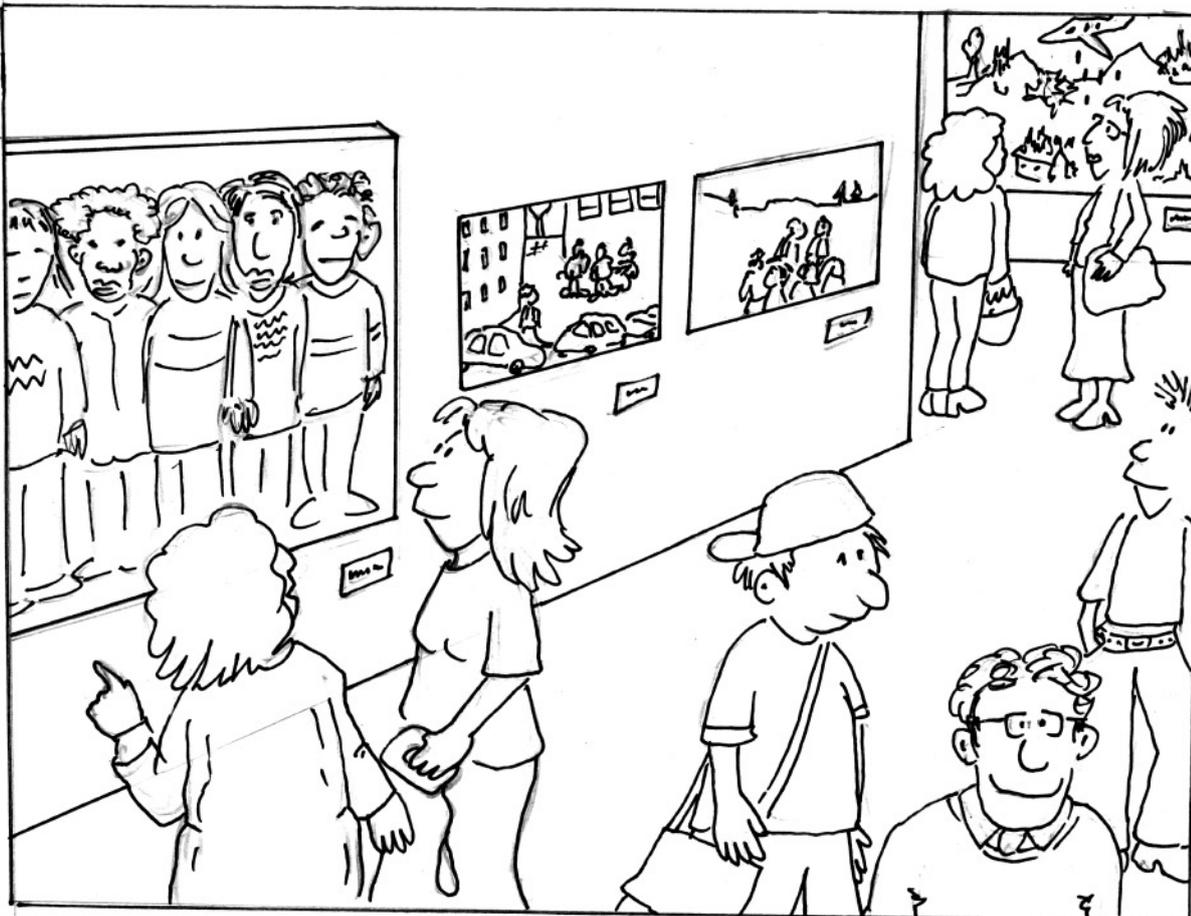
Jürgen Link: Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird. Opladen: Westdeutscher Verlag 1997

Eine interessante Rede von Wilhelm Heitmeyer zum Thema findet Ihr zum Herunterladen im Internet unter:

http://www.nrw.de/aktuell/titel_reden.htm

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld, hielt diese Rede beim Stadttorgespräch am 16. 8. 2000 der nordrheinwestfälischen Landesregierung

NEONAZIS



Rechte Dominanz

Rechtsextreme Alltagskultur und Jugendgewalt:

Hintergründe und Entwicklungstendenzen eines ‚Rechtsextremismus neuen Typs‘

I. „Rechtsextremismus neuen Typs“ in der politischen Diskussion

Eher unfreiwillig wurden im Sommer 2000 Politik und Medien auf die Gefahren des neuen Rechtsextremismus in Deutschland aufmerksam. Erstmals seit 1990 hat sich hierbei eine breite und scheinbar auch nachhaltige Debatte über den Rechtsextremismus entwickelt, in der dieser, anders als in den Jahren zuvor, gemeinhin als eigenständiges Problem und nicht etwa als unliebsame, aber verständliche Reaktion auf Einwanderung und Asylbewerber gedeutet wird. Trotz mannigfacher Abwehrversuche verschiedener politischer Kräfte, vornehmlich der CDU/CSU, den Rechtsextremismus als Randproblem von sogenannten „Extremisten“ zu stilisieren (vgl. auf dem Gebiet der Wissenschaft Jesse 2000), gelang es nicht weiter, den enormen Dimensionen rechtsextremer Alltagskultur abzulenken. Das Thema hat sich, trotz mancher Entwarnung, in der politischen Öffentlichkeit gehalten. Die Berichterstattung hat sich vervielfacht.

Dies hat wenig mit „Hysterie“ zu tun, als vielmehr mit nachholenden Einblicken in eine lange verdrängte Realität von Rassismus und rechtsextremer Gewalt. Über 100.000 Straftaten und weit über 100 Morde seit 1990 (bei einer enormen Dunkelziffer), 1,5 Millionen verkaufte rassistische Rechtsrock-CDs in den letzten zehn Jahren, und die Realität von No-Go-Areas für Immigranten und „Nicht-Rechte“ sprechen eine deutliche statistische Sprache. Sie verweisen auf einen „Rechtsextremismus neuen Typs“ (Hajo Funke), einen Rechtsextremismus, der längst in vielen Gebieten insbesondere Ostdeutschlands zur breiten „sozialen Bewegung“ geworden ist. Gestützt durch eine - nicht auf die Jugend beschränkte, aber dort besonders starke - völkische Alltagskultur und einen informellen „Alltagsrechtsextremismus“, der stets auf dem Sprung steht, in entfesselte Gewalt umzuschlagen.

Der Rechtsextremismus hat, als Organisations- wie als Ideologieform, im Verlauf des letzten Jahrzehnts in Deutschland eine steile Karriere hinter sich. Trotz einiger Brüche in der Erfolgslaufbahn ist die Situation im Hinblick auf die gesellschaftliche Relevanz rechtsextremer Ideologie und Gewalt heute verheerend. Wie das Phänomen selbst, so sind auch dessen gesellschaftliche Hintergründe, der soziale Rückhalt rechtsextremer Ideologie lange ignoriert und oftmals politisch gestärkt worden. 68 % der Bürger in Westdeutschland, 72 % der ostdeutschen Bundesbürger können heute „die Menschen verstehen, die etwas gegen die hierher kommenden Ausländer haben.“ Nur 14,7 % sind als gar nicht fremdenfeindlich einzustufen, während bei 36 % der deutschen Staatsbürger ein stark ethnozentrisch-nationalistischer Einstellungskomplex festzustellen ist (Silbermann/Hüfers 1995). Im besonderen ist bei 46 % der Bürger Brandenburgs eine weitreichende Sympathie mit rechtsextremer Ideologie erkennbar (vgl. Forsa-Umfrage 1998); jeder Dritte Wähler unter 30 wählte 1998 in Sachsen-Anhalt, dem Bundesland

mit dem geringsten Ausländeranteil (1,5 %), die rechtsextreme DVU, die ihren Wahlkampf mit rassistischer und antisemitischer Propaganda bestritt. Es ist auch das politische Klima der Abwertung und Ausgrenzung von als „Problem“ begriffenen Einwanderern, das oft unbewußt durch Stereotype in den Familien, den Medien und den gesellschaftlichen Institutionen reproduziert wird. Hierbei hat sich die rechtsradikale Jugendkultur zur etablierten, gesellschaftlich wirkungsmächtigen und lokal tolerierten Kraft etablieren können. Viele Regionen und Stadtteile sind so heute vor allem für Nicht-Deutsche zu ‚No-Go-Areas‘ verkommen.

Rechtsextremes Denken und rechtsextreme Gewalt sind heute in einem Ausmaß ein integrativer, fast nicht mehr wegzudenkender Bestandteil der deutschen Gesellschaft, wie es noch vor zehn Jahren selbst die kühnsten Kritiker einer halbherzigen ‚Aufarbeitung der Vergangenheit‘ kaum für möglich gehalten hätten. Die in der jungen Phase der neuen Republik oftmals vertretene These, der Rechtsextremismus sei ein bloßes „Übergangsphänomen“ des demokratischen „Modernisierungsprozesses“, hat sich angesichts der nicht mehr zu leugnenden Verfestigung rechtsextremer Gewaltkultur und Politik als Illusion entpuppt. Statt dessen offenbart meines Erachtens die Entwicklung seit der ‚Wende‘ 1989, welche Gewaltpotentiale eine Gesellschaft noch in sich birgt, die, ginge man nach den vormaligen Selbstdarstellungen der Bundesrepublik und der DDR, sich stets als vollständig ‚demokratisiert‘ und ‚zivilisiert‘ bzw. als grundlegend ‚antifaschistisch‘ gerierte.

II. Politische Fehlwahrnehmungen als Begünstigungsfaktor eines neuen Rechtsextremismus

In Wissenschaft, Politik und Gesellschaft hat man lange, zu lange und großenteils bis in die Gegenwart auf Verharmlosungen, Verleugnungen und Erklärungsmuster gegenüber dem Rechtsextremismus zurückgegriffen, die, in Interaktion mit einem sich seit 1989 dynamisierenden Nationalismus der Mitte, wesentlich dazu beigetragen haben, rechtsradikale Ideologie und Gewalt eher zu fördern als zu bekämpfen. Anhand der Fehlwahrnehmungen, auf die ich im folgenden zunächst eingehen werde, kann sowohl die kaum erkannte Problematik des „Rechtsextremismus neuen Typs“ angedeutet werden, als auch die politische Verantwortung für seine insgesamt relative ungestörte Etablierung und Verfestigung.

Staatliche Behörden haben das Problem Anfang der 1990er Jahre oft als ‚Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden linken und rechten Jugendgangs‘ heruntergespielt. Dem entspricht eine traditionelle bundesrepublikanische Extremismus-Theorie, nach der gesellschaftliche Randgruppen zu ‚extremistisch‘-gewalttätigem Verhalten neigen, unabhängig von ideologischen Vorzeichen (vgl. Backes und Jesse 1989). Weder Spezifik, noch Dynamik und Kontext des Rechtsextremismus können mit solchen legitimationswissenschaftlichen Vorgaben erklärt werden. Sie



dient kaum mehr als der Stigmatisierung vor allem der politischen Linken, dem ‚Freispruch im voraus‘ für alle nationalistisch und fremdenfeindlich orientierten Gesellschaftsteile und Mitglieder/Wortführer demokratischer Parteien, und der Verharmlosung des sozialen Ausmaßes rechtsradikalen Denkens wie der sozialen Gewaltakzeptanz gegen ‚Fremde‘.

Seit den Wahlerfolgen der „Republikaner“ in Westberlin 1989 haben sich darüber hinaus vier weitere Erklärungs-Ideologeme als alltagskultureller common sense verstetigt, die auch von Politik und Wissenschaft vielfach bemüht worden sind – Deutungsmuster, die das etablierte politische Spektrum von CDU/CSU bis PDS bisweilen eint: es gehe nicht wirklich um Rechtsradikalismus, wie auch der beliebte Schriftsteller Martin Walser meint, der selbst seit längerem mit äußerst rechten Thesen aufwartet, sondern um 1) „Protestwähler“, um 2) „Arbeitslosigkeit“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.12.98) und um 3) „verführbare“, „aussichtslose, verirrte Jugendliche“ (taz, 10.11.98), „Skinheadbuben“, die lediglich auf 4) „die Vernachlässigung des Nationalen durch uns alle“ antworteten. Klar ist bei diesen griffigen Reaktionsschemata die Parteinahme für die Rechtsradikalen; ihre Gesinnung und die Gewalt, die von ihnen ausgeht, wird zum family problem, und die Opfer des Terrors geraten nicht in den Blick. Unklar bleibt etwa, gegen wen oder was denn dort vermeintlich „protestiert“ wird, und warum sich dieser vermeintlich „soziale Protest“ ausgerechnet rechtsradikal manifestiert – wenn nicht gegen Ausländer ‚protestiert‘ wird.

Auch die oft bemühte Gleichung Arbeitslosigkeit gleich Rechtsradikalismus taugt nur sehr bedingt als Erklärungsmittel, obschon sie, wider besseres Wissen, bis heute von der Politik immer wieder bemüht wird und lange Zeit auch in der Wissenschaft vorherrschte (vgl. Heitmeyer u.a 1992). Rechtsradikalismus wird hierbei als bloßes Problem sozialer Desintegration und als Randgruppenproblem definiert. Als Korrelationshypothese ist jene Gleichung empirisch nicht haltbar (vgl. Rommelspacher 1995; Pollack und Pickel 1999). Nach einer Studie des sächsischen Innenministeriums von 1997 stehen ca. 90 % der politisch aktiven Rechtsradikalen Sachsens in Lohn und Brot und sind sozial überaus gut integriert – überdurchschnittlich viele im Vergleich zur hohen Jugendarbeitslosigkeit des Landes. In Sachsen hat diese (späte) Erkenntnis gewisse Konsequenzen gezeitigt.

Aber das Arbeitslosigkeits-Ideologem drückt ein staatliches wie gesellschaftliches Verhältnis gegenüber rechtsradikalen Agitatoren, Gewalttätern und ihrem Umfeld aus, das sich im Bild des milde rügenden Familienvaters versinnbildlichen läßt; einem Familienvater, dem allerdings allenfalls das Ansehen der eigenen Familie („unsere Jungs“), nicht aber die Interessen der doppelt ausgegrenzten ‚Anderen‘/Opfer der Söhne im Sinn ist. Ähnlich verhält es sich mit der Auffassung, es handle sich beim Rechtsradikalismus um bloße Orientierungsprobleme und Verirrungen junger, männlicher deutscher „Modernisierungsverlierer“. Die zentrale Frage, warum sich soziale Probleme und Anomieerfahrungen, die sich aus den gesellschaftlichen Umwälzungsprozessen der letzten Dekade im Osten des Landes ergeben, in rechtsradikalen Reaktionsbildungen umsetzen, wird hierbei ohnehin ausgeklammert.

Schließlich hat dieses politische Akzeptanzverhalten gegenüber rechtsradikaler Gewalt eine besonders

brisante politische Dimension. Der Verweis auf den Rechtsextremismus ‚von unten‘ hat oftmals Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus ‚von oben‘ stimuliert und umgekehrt. Vielfach war eine sich gegenseitig bestärkende „Interaktionsdynamik“ (Funke 1995) zu beobachten, die rechtsradikale Positionen in einem ‚Nationalismus der Mitte‘ verstärkte und integrierte, anstatt jene ideologisch abzuwehren und zu bekämpfen. Walters Interpretation, der Rechtsradikalismus sei eine Reaktion auf die „Vernachlässigung des Nationalen durch uns alle“, ist die ideologische Folie dieser wechselseitigen Eskalationsprozesse, die sich in den Verlaufsgeschichten der Beschneidung des Asylrechts, der Verschärfung der Asylbewerberleistungs- und Ausländergesetze, der von Kanther bis Schily forcierten staatlichen Agitation gegen Einwanderung („Das Boot ist voll“) und einer „Ausländerkriminalität“ sowie der praktischen Diskriminierung durch die sozialen Institutionen zeigen. Immer wurde Einwanderung, wurden Immigranten dabei als „Problem“ zum Gegenstand, nie als Bereicherung für die deutsche Gesellschaft. Erst in den jüngsten Debatten, induziert durch ökonomische Notwendigkeiten, scheint sich dies teils zu ändern.

Solch „akzeptierende Politik“, die lange Zeit rechtsextreme Orientierungen durch „akzeptierende Sozialarbeit“ (die Schaffung von rechtsradikal dominierten Jugendzentren etc.), welche zum zentralen Mittel der ‚Rechtsextremismusbekämpfung‘ in der Jugendkultur erkoren wurde, förderte, hat der rechtsradikalen Subkultur, welche sich bereits in den 1980er Jahren in Ost und West entfaltet hatte, Legitimität verschafft und Anbindungen an eine gesellschaftliche Dominanzkultur ermöglicht. So kann sich bis heute in den rechtsradikalen Milieus und Gruppen der Jugendkultur auf Inhalte der Politik berufen werden, die dann dafür kritisiert wird, daß sie „versage“, weil sie nicht konsequent und radikal genug mit Ausländern verfare, also „verweichlicht“ oder „handlungsschwach“, d.h. nicht hinreichend autoritär sei.

Den Rechtsextremismus haben solche Umgangs- und (indirekten) Unterstützungsformen überwiegend entschuldigt und begünstigt, während ein wichtiger Teil des Problems, die Tolerierung und Dynamisierung nationalistischer und fremdenfeindlicher Positionen in Politik und Gesellschaft, aus der Sicht des Staates nicht einmal als Problem wahrgenommen worden ist.

Erst in den letzten Jahren hat sich im Zuge der Verfestigung und Ausweitung der rechtsradikalen Strukturen und ihrer Gewaltbilanzen partiell ein Wahrnehmungswechsel in Politik, Gesellschaft und Wissenschaft angedeutet. Rechtsextremismus wird in der Rechtsextremismusforschung, die sich mühsam etablieren konnte, mittlerweile komplexer und differenzierter gedeutet (der erste wichtige Sammelband erschien 1993; vgl. Merten/Otto 1993). Mit großer zeitlicher Verzögerung gibt es nun auch in Politik und Gesellschaft verstärkere Tendenzen, Rechtsradikalismus als eigenständiges und anhaltendes Problem anzuerkennen. Es ist weder herrschaftsfunktional, noch im Sinne der Staatsräson, daß die rechtsradikalen Vergemeinschaftungsformen der Kontrolle staatlicher Macht („national befreite Zonen“) zunehmend entglitten sind. Allerdings wird diesem Problem nach wie vor unterschiedlich begegnet; der damalige Brandenburger Oppositionsführer Jörg Schönbohm etwa setzte noch bis vor kurzem auf den intimen Dialog mit jungen Rechtsextremisten und hat ihnen, die er als „Patrioten“ lobt, geraten, stärker „linke Gewalt“ zu thematisieren.



Auch die Gefahr der Verharmlosung ist mitnichten bekannt. In einer neuen Studie deuten Detlef Pollack und Susanne Pickel ihre empirischen Ergebnisse zur Ausländerfeindlichkeit in Frankfurt an der Oder recht eigenwillig: das fremdenfeindliche Klima erscheint hier als Problem einer „Minderheit“ von „Ausländerfeinden“, die eine übermäßig verzerrte mediale Repräsentation erhalten. Daß 38,3 % der Befragten Ausländer für eine Belastung für das soziale Netz ansehen und 34,4 % meinen, Ausländer begingen häufiger Straftaten als Deutsche, könne laut Pollack und Pickel „nicht umstandslos als fremdenfeindlich interpretiert werden“, denn die Kriminalitätsrate sei „unter Ausländern tatsächlich höher als bei Deutschen.“ (Pickel/Pollack 1999)

Zugleich hat sich im vergangenen Jahrzehnt auch die immer noch anhaltende Strategie von Behörden und Ministerien durchgesetzt, nicht in erster Linie die rechtsradikalen Tendenzen selbst, sondern deren Bewertung als ‚rechtsradikal‘ und ‚fremdenfeindlich‘ zu bekämpfen. Seit 1993 wird massiv versucht, rechtsradikale Gewalt totzuschweigen. Rechtsextreme Täter müssen sich heute am Tatort schon sehr bemühen, um als solche eingestuft zu werden, und um in den Kriminalstatistiken entsprechen repräsentiert zu werden. Hier sind die staatlichen Institutionen freilich durch die Debatte 2000 zunehmend unter öffentlichen Druck geraten.

Zumeist zeigten sich Staat und Gesellschaft bisher doppelt blind: gegenüber dem Phänomen des weiterhin organisatorisch, personell und ideologisch expandierenden Rechtsradikalismus wie gegenüber der mitverantwortlichen Rolle, die man bei dessen ‚erfolgreicher‘ Entwicklung in Deutschland gespielt hat, spielt, und möglicherweise spielen wird.

Problem und Tragweite des Rechtsradikalismus sind also um einiges komplexer und weitreichender als vielfach nahegelegt. Es ist die Aufgabe einer politologischen Rechtsextremismusforschung und der politischen Psychologie des Autoritarismus, solche Faktoren in ihrem historisch-politischen Ineinandergreifen und ihren Eskalationsdynamiken sichtbar zu machen.

III. Neuer Rechtsextremismus, völkische Alltagskultur und Jugendgewalt

Trotz deutlich sub- und jugendkulturell geprägter Elemente und Organisationsformen (vom Rechtsrock über die Bomberjacke zur Cliquenbildung und zum Jugendzentrum als Treffpunkt) und seines Charakters als soziale Bewegung (Wagner 1998) ist der Rechtsextremismus heute in vielen Regionen vornehmlich Ostdeutschlands wesentlich Teil einer „Dominanzkultur“ (Rommelspacher 1995): Rechts zu sein, rassistische Vorurteile gegen Ausländer und Fremde zu artikulieren bzw. diese aus dem sozialen Zusammenhang eliminieren zu wollen, und stolz zu sein auf die ‚deutsche Herkunft‘ sind vielerorts Ideologiefragmente des sozialen Mainstreams. Solch informeller Rechtsextremismus im Rahmen einer sich oft apolitisch gerierenden Jugend- und Dominanzkultur ist oft bedrohlicher als der parteilich verfasste und organisierte, weil jener diesen in der Anzahl der Beteiligten um ein Vielfaches überschreitet.

Heranwachsende stossen hierbei auf verfestigte Milieus rassistischer Gesinnung, oft gestärkt durch die Familie und die peer group. Längst schon ist es normal

unter Jugendlichen insbesondere in Ostdeutschland, etwas Schlechtes „judenmäßig“ zu finden. Die gewaltbereiten Rechtsextremen sind überdies vielfach zu den starken Vorbildern geworden, die sich durchsetzen, Stärke zeigen, auch wenn sie am Anderen doch nur ihre eigene Ohnmacht totschiessen. Rechtsextremismus und rechtsextreme Gewalt werden dabei oft als attraktive Handlungsmöglichkeit gesehen, aber auch als „läppischer Zeitvertreib des Totschlags“ (Horkheimer/Adorno). Die ‚Fremden‘, Anderen werden dabei stereotyp, griffig personifizierend, zur Ursache aller eigenen Ohnmacht und Probleme, ja der verhassten eigenen Schwäche in einer verhärtet erfahrenen Gesellschaft, und zum Grund für alle erlebten sozialen Probleme. Auch wenn die Lösungen wie „Ausländer raus“ in Orten, in denen oftmals nicht ein einziger Ausländer lebt, der „den Deutschen“ vermeintlich „den Arbeitsplatz wegnimmt“, am realen Leid nichts ändern, so schaffen sie doch zugleich Aufwertungsgefühle – man gehört dazu, ist „stolz, ein Deutscher zu sein“, wenn auch sonst kaum etwas dafür Anlass gibt, stolz zu sein.

Rechtsextreme Milieus und Gruppenstrukturen, von organisierten NPD-Zusammenhängen über teils rivalisierende ‚autonome Kameradschaften‘ bis zum äußeren Milieukreis des Rechtsextremismus als Lifestyle-Bewegung (Wagner 1998), können nicht nur mittels Gewalt oftmals das soziale Terrain des öffentlichen Raumes im lokalen/kommunalen Bereich bestimmen. Dabei werden durchaus subkulturelle, autoritär-rebellische Praktiken aufgegriffen. Doch zumeist stoßen diese, wenn überhaupt, nur dann auf negative Sanktionen der Gesellschaft, wenn mittels unmittelbarer physischer Gewalt kriminell ‚über die Stränge geschlagen‘ wurde; die Täter wissen wohl, daß sie damit oft nicht inhaltlich gegen die gesellschaftlichen und familiären Autoritäten und deren politische Einstellungen opponieren, sondern in der Form und Radikalität der Praxis. Rechtsextreme sehen sich als Handelnde für den Mehrheitswillen, der ‚Fremde‘ im Ort nicht gerne sieht. Stereotype und Abwertung der ‚Anderen‘ sind insofern, wie gesagt, zu begreifen als Teil eines gesellschaftlichen Problems, einer gesamtgesellschaftlichen Dominanzkultur, an der man in den rechtsradikalen jugendkulturellen Milieus teilhat, bzw. welche dort mit extremen Gewaltmitteln ausagiert wird.

Politisch-psychologisch geht es also um eine Mischung aus rassistischen Denkformen, einer hegemonialen fremdenfeindlichen Dominanzkultur, die sich aus der Abwertung der ‚Anderen‘ bestimmt, und spezifischen männerbündisch-patriarchalen Gewaltkulturen, die sich rebellisch geben und subkulturelle Lifestyleformen aufnehmen, ohne wirklich mit den gesellschaftlichen Normen zu brechen. Gesellschaftliche Werte, die sich an ‚Leistung‘, sozialem Aufstieg, Geld, Arbeit, ‚Ordnung‘ und Macht orientieren, wirken hierbei sozial identitätsstiftend und korrespondieren mit der Abwehr der ‚Anderen‘ (die als von diesen Normorientierungen abweichend imaginiert werden) und mit autoritären politisch-kulturellen Mentalitätsbeständen, welche auch und gerade in der DDR-Gesellschaft nicht gebrochen wurden. Die Rechtsextremisten weichen von diesen Gesellschaftsidealen, die die politische Sozialisation bestimmen, nicht ab. Insbesondere auch in der DDR wurden autoritär-rassistische Elemente des Nationalsozialismus konserviert in einer spezifischen kleinbürgerlichen Enge, die auf kleinen Gemeinschaftsbildungen und der Abwehr von Fremden basierte.



Die psychosoziale Basis der Rechtsextremisten ist eine autoritäre Sozialisation, die sich in einer autoritätsgebundenen, ich-schwachen Persönlichkeit verhärtet. Die autoritären Zwänge in Gesellschaft und familiären Vermittlungsinstanzen wie der soziökonomische Druck, der auf den Individuen lastet, haben bei Herausbildung dieses Autoritarismus einen wesentlichen Anteil. Gerade Jugendliche in Ostdeutschland glauben mehrheitlich nicht nur an rassistische Hierarchien, sondern auch an das antidemokratische „Recht des Stärken“. Dieses korrespondiert mit der Erfahrung eines gerade nach 1990 radikal erlebten Sozialdarwinismus. Ich-schwache, geistig-moralisch verhärtete und in ihrer Autonomie zurückgebildete Jugendliche sind kaum zu eigenständigen Gefühlsregungen und Empathie fähig und tendieren zu Verfolgungs- und Größenwahn, was sich in rechtsextremem, nationalistischer Ideologie im besonderen ausdrückt. Dabei konstituiert sich die idealisierte Eigengruppe als Teil des übergreifenden Konstrukts der Nation über die (rassistische) Abwertung der ‚Anderen‘. Rechtsradikale Jugendliche verschaffen sich so die Selbstaufwertung mittels der Ressourcen Macht und Gewalt durch die Aufwertung im ‚schlagkräftigen‘ Gruppenzusammenhang. Fast alle rechtsextremen Gewalttaten werden deshalb auch in der Gruppe verübt bzw. suchen nach Bestätigung in der Gruppe (das oft polizeiliche vermittelte Bild vom Einzeltäter ist meist eine Schimäre). Hierbei geht es unter Bezug auf die kraftmeinernde Gruppe und die ‚Nation‘ um die Schaffung eines kollektiven, mächtigen Größenselbst; das Ich hat hingegen oft wenig zu bieten, auf das man stolz sein könnte.

Mit der Anwesenheit und dem Verhalten von Ausländern haben die Ursprünge des Rechtsextremismus nichts zu tun; rechtsextreme Ideologie ist das Ventil für die sozialpsychologische Verlagerung des Inneren auf die Außenwelt, also auf das stereotyp konstruierte Feindbild, das den Rechtsextremen allgegenwärtig erscheint. Durch die Begrenzung von Zuwanderung wird rassistische Gewalt deshalb nur insofern verringert, daß mittlerweile kaum noch Ausländer da sind, die Opfer des Terrors werden könnten (im besonderen trifft dies auf die ‚national befreiten Zonen‘ zu). Nicht ‚Arbeitslosigkeit‘ an sich, wohl aber soziale Statusprobleme sind dabei ein Faktor – die allgegenwärtige Angst, aus dem Verwertungszusammenhang herauszufallen, nicht weiter ‚aufzusteigen‘ in der Hierarchie und ‚ohnmächtig‘ oder ‚bedeutungslos‘ zu werden. Die Diskrepanz zwischen dem, was man gesellschaftlich sein will, und dem, was man ist, kann mit rechtsextremem Ideologie stereotyp und personalisierend ‚erklärt‘ werden. Außerdem verspricht der Rechtsextremismus eine expansive Bemächtigung der ‚Anderen‘, somit Machtzuwachs (vgl. Rommelspacher 1995).

Das Phänomen rechtsradikaler Gemeinschaftsbildungen knüpft also sowohl an wirkungsmächtigen rassistischen Codes und Stereotypen an, als auch an autoritären Dispositionen und Mentalitätsbeständen, die von verschiedenen politisch-kulturellen Einflüssen/Tradierungen und gesellschaftlichen Bedingungen mitgeprägt sind.

Der politisch-ideologische Raum, in dem sich diese durch Kader unterstützte rechtsextreme Jugendkultur bewegt, muß angesichts des gesellschaftlichen Einflusses rassistischer Stereotype in der Gesellschaft und einer politisch-kulturellen „Neuen Rechten“ neu vermessen werden (vgl. Gessenharter/Fröchling 1998). Rechtsextre-

mistische Verhaltensweisen und Symbole sind heute „Teil des Alltagsdiskurses“ (Berliner Landeskommision gegen Gewalt; vgl. Frankfurter Rundschau vom 23.7.99)

In weiten Teilen der Republik und insbesondere im Gebiet der ehemaligen DDR haben sich diese Alltagsdiskurse auch in der lokalen, kommunalen und regionalen politisch-institutionellen Praxis verfestigt; sie spiegeln sich auch in dem zumeist freundlich zugewandten Umgang mit Rechtsterroristen, deren Dominierung des öffentlichen Raumes oftmals toleriert wird. Symbolisch kommt solch gesellschaftlich getragener und mitunter in den Institutionen verankerter Wahn in einem Brief eines Dezernenten des Oranienburger Landratsamtes zum Ausdruck, der sich von „nigerianischen Kreditfälschergang[s]“ umzingelt sieht und behauptet, es gäbe „um Zehnerpotenzen [sic!] unvergleichlich mehr Gewalt von Ausländern gegen Deutsche als umgekehrt“ (zit.n. Funke 1998, S. 181)

Rechtsextremismus ist hierbei seriell zu einem Ausländer-Problem umgedeutet worden. Nicht nur am Beispiel Rostock-Lichtenhagen läßt sich dies belegen, wo im August 1992 Rechtsradikale mit Unterstützung der hiesigen Bevölkerung und staatlich zugelassen durch Polizei und Politik über sechs Tage eines der längsten Pogrome der deutschen Geschichte mit vielfachen Mordversuchen begingen. Als Konsequenz aus der Gewalteskalation wurde das bundesdeutsche Asylrecht extrem restringiert; die rechtsterroristische Gewalt erwies sich hier als politisch funktional, ihr krimineller Charakter wurde verleugnet. Dies verweist wiederum auf den Zusammenhang übergreifender medialer, politischer und gesamtgesellschaftlicher Diskurse und Ausgrenzungspraktiken gegenüber Ausländern und Minderheiten.

„Es ist einfach so, daß man in Deutschland immer noch Wahlen gewinnt, wenn man gegen Ausländer Stimmung macht“, resümierte der damalige deutsche Finanzminister, Oskar Lafontaine, am Wahlabend nach der Hessen-Wahl 1999. Zwei Drittel der Erstwähler der CDU gaben in einer repräsentativen Umfrage an der Wahlurne an, der Partei vor allem deshalb ihre Stimme gegeben zu haben, weil sie gegen die doppelte Staatsbürgerschaft mobilisierte. Politisch-öffentlich reproduzierte Bilder und Diskurse über „Asylantenfluten“, Mythen von „abkassierenden Wirtschaftsflüchtlingen“ und „Organisierter Kriminalität“, die vom Bundesinnenministerium schon per definitionem nur dann als ‚organisiert‘ gilt, wenn Ausländer an ihr teilhaben, sowie medial vermittelte Images vom „schwarzen Drogenhändler“ bestätigen die Ressentiments von Rechtsradikalen und taugen zur politischen Ermutigung. Das heißt wiederum nicht, daß die „Erstverantwortung“ (Funke 1995) rechtsextremem Gewalttaten auf die Politik delegiert werden sollte, wie es heute in den sozialromantisierenden und ostalgischen Kreisen der PDS üblich ist. Freilich ist jedoch das staatspolitische Konstrukt des „Ausländerproblems“ auch ein Mittel, sozialpolitische Maßnahmen gegen die abhängig Beschäftigten mittels einer ‚Ethisierung des Sozialen‘ durchzusetzen, die aber zugleich ‚von unten‘ getragen wird.

Mit der illiberalen Entwicklung der politischen Diskurse in Deutschland nach rechts, durch welche Ausländer nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zum zentralen Feindbild avancierten, korrespondieren überdies institutionalisierte rassistische Ausgrenzungsformen gegenüber Zuwanderern, die sich analog zur Entwicklung des Rechtsextremismus und der Renaissance des Nationalismus zunehmend verschärft haben. Diese



gesellschaftlich und staatlich herrschende Ausgrenzung von Minderheiten findet verschiedene Ausdrucksformen – sei es die erniedrigende respektive gewalttätige Behandlung von Zuwanderern durch Polizei, Sozialämter, Justiz und Ausländerpolitik, seien es die repressiven Ausländergesetze und ein Staatsbürgerschaftsprinzip, das immer noch wesentlich als völkisches Blutsrecht definiert wird, oder der Umstand, daß, im Gegensatz zu Ländern wie Frankreich, England und den USA, alle gesellschaftlich mächtigen oder staatlichen Institutionen auf höherer Ebene de facto ‚frei‘ von Zuwanderern sind (zu fragen ist etwa, wieviele schwarze Richter oder deutsch-türkisch Staatsanwälte es gibt).

Die Entwicklung des Rechtsextremismus kann schließlich auch theoretisch gedeutet werden als spezifische Reaktionsbildung auf (post-)moderne Veränderungsprozesse und kapitalistische Transformationen; jene Reaktionsbildungen speisen sich aber immer auch aus der Tradition der politischen Kultur in Deutschland und dem Verhältnis der Deutschen zur NS-Vergangenheit.

Nicht zufällig hat sich in den letzten Jahren der Antisemitismus als zentrales ideologisches Bindemittel der extremen Rechten im Osten und Westen herausgebildet. Der Neo-Nazi Horst Mahler zum Beispiel, der als ehemaliges RAF-Mitglied vielleicht als einziger die „Extremismus“-These verkörpert, agitiert für die NPD gegen eine „geringe Zahl von Spekulanten der amerikanischen Ostküste“, die die deutsche „Volksgemeinschaft“ beherrschten, und phantasiert, der „Zentralrat der Juden“ entscheide hierzulande über das Staatsbürgerschaftsrecht. Die ‚soziale Frage‘, die die organisierte extreme Rechte in der Tradition der NS-Ideologie zuletzt als Hauptagitationssthema in antisemitischer Wendung aufgegriffen hat, verweist auf den inneren Zusammenhang von völkischem Nationalismus und Antisemitismus in der Ideologieggeschichte der deutschen politischen Kultur, die bis heute nachwirkt. Aber auch Ressentiments gegen ein vermeintlich „raf-fendes“ und „spekulatives“ Kapital der „multinationalen Konzerne“, die der „ehrlichen Arbeit“ entgegengesetzt werden, oder die Verschwörungstheorien, mittels derer alle möglichen persönlichen und sozialen Probleme und Widersprüche personalisiert ‚erklärt‘ werden, sind so wenig gesellschaftlich isoliert wie andere antisemitische Chiffren und Stereotype (vgl. Rensmann 1998). Sie haben nicht zuletzt auch in einer sich emanzipatorisch dünkenden deutschen Linken überleben können, die sich der Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit nur unzureichend gestellt hat.

IV. Perspektiven

Es ist an der Zeit, der gesellschaftlichen Akzeptanz von Rassismus, Nationalismus und rechtsextremem Gewalt etwas entgegenzusetzen -- für ein verändertes politisches und gesellschaftliches Klima zu sorgen, in dem die Solidarität zunächst den Opfern des Rechtsterrorismus gilt und nicht, wie lange Zeit während des Konsolidierungsprozesses der rechtsextremen Jugend- und Dominanzkultur, den Tätern, die so zur Wiederholungstat nochmals ermutigt wurden. Sie konnten sich so oftmals noch – nicht selten berechtigt -- als ‚Avantgarde‘ ausländerfeindlicher Politik verstehen. Dies betrifft sowohl das Klima in der Bevölkerung, als auch das Verhalten der zuständigen staatlichen Exekutiv- und Justizorgane. In Sachsen und Brandenburg, wenn auch kaum immer noch kaum in Thüringen, wird der dort fast

flächendeckend relevante Rechtsextremismus immerhin mittlerweile überwiegend als ernstzunehmendes Problem wahrgenommen. Aber zu viele Bürger und staatliche Institutionen üben heute weiterhin Toleranz gegenüber der rechtsextremen Gewalt von „unseren Jungs“, anstatt die ‚Anderen‘ zu akzeptieren, die von Staat und Gesellschaft vielfach ausgegrenzt werden und zudem spontanen wie geplanten brutalen Übergriffen und Morden ausgesetzt sind. Gesellschaftliche Segmente tragen rechtsradikale Ideologeme und akzeptieren die ihnen implizite Gewalt und ganze Städte befinden sich derzeit im „Griff der rechten Szene“ (Schröder 1997). Das Verbot der als neo-nazistische einzustufenden NPD ist ein notwendiger, ja überfälliger Schritt dagegen, aber alles andere als zureichend.

Noch sind die Zeichen für eine politische Klima- veränderung, für einen notwendigen Umkehr- und Umdenkensprozeß, wenige. Sie werden verkörpert vor allem durch lokale Initiativen, die nachhaltig und engagiert arbeiten, wie etwa die „Opferperspektive“ in Sachsen und Brandenburg. Wer die Situation vor Ort kennt weiß zugleich, dass solche Initiativen bisher nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind. Um die soziale Macht des rechtsradikal-chauvinistischen Denkens und Terrors zu brechen, der immer wieder neue Opfer fordert, bedürfte es gesellschaftlicher Anstrengungen ganz anderer Qualität. An vielen Punkten müsste angesetzt werden: von der Reaktivierung kritischer, demokratischer politischer Bildungsarbeit, vor allem in den Schulen, bis zum Ausbau antifaschistischer und opferorientierter Projekte und Jugendzentren. Alternativangebote sind besonders notwendig, um den Einfluß und die soziale Bestätigung rechtsextremen Denkens und rechtsextremer Gewalt vor Ort einzuschränken. Vor allem aber müssen sich Staat und Gesellschaft selbst ändern. Doch die Handlungsspielräume und das Potential für eine breite demokratische Gegenöffentlichkeit an der Seite der Opfer, die dringend not tut, sind bisher sehr begrenzt. Daß sich Ausländerinnen und Ausländer und deutsche Staatsangehörige, die den Rechtsextremisten mißfallen, in ganz Deutschland einigermaßen sicher und frei bewegen können, ohne um ihr Leben zu fürchten, erscheint heute als Utopie. In vielen Regionen haben Migrantinnen und Migranten gegenwärtig „keinen Ort“.

Seit der neuen Gewaltwelle im Jahre 2000 und der anschließenden öffentlichen Diskussion gibt es einen neuen Stand der Sensibilisierung gegenüber Rechtsextremismus in Politik und Öffentlichkeit. Manche der bisherigen Zugänge respektive Wahrnehmungsblo- ckaden wurden hierbei in Frage gestellt. Dies hat Möglichkeiten zur Bekämpfung des Rechtsextremismus eröffnet. Allerdings hält sich auch weiterhin die Tendenz, das Problem zu verharmlosen. Da ist die Rede davon, es gebe in ganz Brandenburg „500 Rechtsextremisten“. Eine krasse Fehlbewertung der staatlichen Behörden; da wird suggeriert, mit einem NPD-Verbot könne der Rechtsextremismus zerschlagen werden; da tritt die Thematisierung des staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus in Deutschland, die während der Sommer- Debatte plötzlich auch auf die Agenda rückten, zugunsten der ideologischen Vorstellung, man müsse nur ein paar „Extremisten“ an den Rändern bekämpfen, wieder in den Hintergrund. Statt dessen wird zunehmend wieder mit Vorurteilen Politik gemacht; und mittlerweile wird das Bekenntnis, „stolz zu sein, ein Deutscher zu sein“ (bislang im deutschen Kontext und nach den Verbrechen



des letzten Jahrhunderts eine rechtsradikale Parole) von der CDU/CSU und der FDP als Eintrittskarte in die Demokratie gefordert. Mit solch überschäumendem Nationalismus und blindem „Nationalstolz“ läßt sich Rechtsextremismus nicht bekämpfen.

Vielmehr geht die Beschwörung nationaler Identität und „Normalität“ mit der Abwehr derjenigen, die als „ethnisch“ nicht dazugehörig angesehen werden, mit dem gesellschaftlichen Rassismus einher. Vonnöten ist deshalb ein grundlegender gesellschaftlicher Mentalitätswandel hin zu einer offenen, multikulturellen Demokratie und Einwanderungsgesellschaft. Auch wenn der politische Diskurs nach den „Kinder statt Inder“-Parolen der CDU/CSU Anfang 2000 in den letzten Monaten erste Veränderungen zeitigte, ist dieser notwendige gesellschaftliche Wandel noch in weiter Ferne. Solange aber bleibt die Bekämpfung des Rechtsextremismus notgedrungen eine halbherzige Sache und deshalb wohl auch zum Scheitern verurteilt.

Lars Rensmann ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin und Visiting Scholar am Department of History der University of California at Berkeley, USA.



Bücher / Lesetipp

Backes, Uwe und Eckhard Jesse (1989): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Benz, Wolfgang (Hg.) (1996): Rechtsextremismus in Deutschland. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen, Frankfurt a.M.: Fischer.

Bergmann, Werner (1995): Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949 – 1989, Frankfurt a.M. und New York: Campus.

Funke, Hajo (1995): Rechtsextremismus. Zeitgeist, Politik und Gewalt, in: Richard Faber, Hajo Funke, Gerhard Schoenberger: Rechtsextremismus. Ideologie und Gewalt, Berlin: Edition Hentrich.

Funke, Hajo (1993): Brandstifter. Deutschland zwischen Demokratie und völkischem Nationalismus, Göttingen: Lamuv.

Funke, Hajo und Lars Rensmann (2000): Kinder der Einheit. Die soziale Dynamik des Rechtsextremismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9 (2000), 45. Jg., S. 1069 – 1078.

Gessenharter, Wolfgang und Helmut Fröchling (Hg.) (1998): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes ? Opladen: Leske und Budrich.

Heitmeyer, Wilhelm u.a. (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismusstudie: Eine Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher, München: Juventa.

Jesse, Eckhard (2000): Mit links gegen rechts ? Zehn Jahre deutsche Einheit – zehn Jahre politischer Extremismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.10.2000, S. 10.

Kemper, Markus/Harald Klier/Hajo Funke (1998): „Ich will mich nicht daran gewöhnen“: Fremdenfeindlichkeit in Oranienburg, Berlin: Das Arabische Buch (Schriftenreihe des Lehrstuhl für Politik und Kultur an der Freien Universität Berlin Band 1).

Kopke, Christoph und Lars Rensmann (2000): Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12 (2000), 45. Jg., S. 1451 – 1462.

Merten, Roland und Hans-Uwe Otto (Hg.) (1993): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Pickel, Susanne und Detlef Pickel (1999): Junge Erwachsene in Frankfurt (Oder) – besser als ihr Ruf, in: Frankfurter Rundschau, 21. 7. 1999.

Rensmann, Lars (1998): Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität, Berlin und Hamburg: Argument.

Rommelpacher, Brigit (1995): Rassistische und rechtsextreme Gewalt. Der Streit um die Ursachen, in: Dies.: Dominanzkultur, Berlin: Orlanda.

Schröder, Burkhard (1997): Im Griff der rechten Szene: Ostdeutsche Städte in Angst, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Silbermann, Alfons und Francis Hüsters (1995): Der ‚normale‘ Haß auf die Fremden. Eine sozialwissenschaftliche Studie zu Ausmaß und Hintergründen von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland, München: Quintessenz.

Wagner, Bernd (1998): Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern, Berlin: Zentrum für demokratische Kultur.



Im Osten nichts Neues?

Es ist nicht ganz einfach für mich, über dieses Thema zu schreiben. Als Mensch aus dem Westen, den es bestenfalls alle paar Monate in den Osten (nach „Dunkeldeutschland“, wie der allgemeine Sprachgebrauch hier im Zonenrandgebiet immer noch lautet) verschlägt, läuft mensch sehr schnell Gefahr, sich auf das Wiederholen allgemein bekannter Vorurteile zu beschränken, von außen besserwisserisch dozierend weltfremde Ratschläge zu geben oder einfach dumpfes Zoni-bashing zu betreiben. All das kann natürlich nicht ernsthaft mein Anliegen sein. Ich beschränke mich also darauf, einige Theorien von Leuten zu beschreiben, die sich (jedenfalls angeblich) besser damit auskennen und diese mit ein wenig (hoffentlich) gesundem Menschenverstand und meiner bescheidenen Meinung auf ihre Tauglichkeit zum Verständnis der Zustände zu prüfen. Ich erhebe weder einen Anspruch auf Vollständigkeit noch denjenigen, die Nazisituation in der Ex-DDR vollständig erklären zu können.

Wenn wir uns die Frage stellen, warum gerade die Ostdeutsche Jugend vermehrt als gewalttätiger Nazimob in Erscheinung tritt, müssen wir zuerst einmal feststellen, dass die rechte Vorherrschaft hier zunächst einmal hauptsächlich eine kulturelle ist. Bomberjacke und Tarnhosen gehören zum normalen Outfit auch vieler „unpolitischer“ Jugendlicher, in vielen Jugendzentren ist Rechtsrock die einzige zulässige Musik und in der Alltagssprache ist etwas, das ganz miserabel ist, schlicht und einfach „judenmäßig“.

Angesichts dieser Zustände sprechen viele davon, dass „die rechte Subkultur“ im Osten zum Problem werde. Die dortigen Nazis sind aber, trotz ihrer gemeinsamen Symbolik, ihres gemeinsamen Stils in Kleidung, Musik und alltäglicher sozialer Praxis, die vor allem unter den männlichen Jugendlichen insbesondere auch Gewalt mit einschließt, lediglich eine „Jugendkultur“. Eine „Subkultur“ im Sinne einer „von einer bestimmten (...) Gruppe getragenen Kultur mit eigenen Normen und Werten“ (Duden), die sich erkennbar von denen der Mehrheitsgesellschaft oder der „Hauptkultur“ unterscheiden, sind sie jedoch nicht. Geht es nämlich wirklich um Normen und Werte, also um moralische Grundüberzeugungen (zum Beispiel die Einstellung zur Arbeit) oder, konkreter, die politische Einstellung, unterscheiden sie sich eben nicht mehr sehr deutlich von der Gesellschaft um sie herum, sondern es besteht ein weitestgehender Konsens zwischen ihnen und den Generationen ihrer Eltern und Großeltern, wenn es um Fragen wie die der völkischen Überzeugung und der rassistisch begründeten Ablehnung von Menschen anderer Hautfarbe geht. Anders gesagt: eine Glatze ist keine notwendige Voraussetzung dafür, rassistisch zu denken, sie dient nur als ein gemeinsames Merkmal derjenigen Jugendlichen, die am deutlichsten sagen, was die Mehrheit denkt (und auch entsprechend handeln). Die Frage ist also weniger, wo die rechte Jugendkultur herkommt, sondern wie es dazu kommen konnte, dass es in diesen Gebieten heute eine rechte kulturelle Hegemonie (Vorherrschaft) gibt.

Warum also gerade im Osten?

Erklärungsversuche für das Problem mit den Nazis im Osten gibt es reichlich. Die meisten suchen Antworten auf die Frage, warum gerade im Osten Deutschlands rechtes Gedankengut auf so fruchtbaren Boden fällt, in der Geschichte der DDR. Einer der populärsten Erklärer ist Christian Pfeiffer aus Hannover. Er stellte die als „Töpfchentese“ bekannt gewordene Behauptung auf, die autoritäre Erziehung in der DDR (symbolhaft dargestellt mit der bildhaften Aussage, die Kinder hätten ja damals im Kindergarten alle gemeinsam aufs Töpfchen gehen müssen) habe die Kinder und Jugendlichen unselbständig gemacht und Denkstrukturen von Befehl

und Gehorsam, Unter- und Überordnung in den Köpfen festgesetzt, die dann einfach nur noch mit anderen Inhalten gefüllt werden mussten, um willige und gehorsame Verfechter der faschistischen Ideologie zu erzeugen. Sprich: die DDR hat in ihrem autoritären kommunistischen System folgsame Untertanen produziert, da mussten dann nur noch ein paar Nazis kommen und ihnen eine neue starke Führung zum Folgen geben, um sie für die Idee eines autoritären Systems in braun zu begeistern.

Diese These klingt irgendwie ziemlich unwahrscheinlich, weil sich die Jugendlichen im Osten (auf die das Problem ja immer reduziert wird) gerade eher wenig einfach so unterordnen (obwohl es natürlich auch das gibt), sondern ihre vorrangig mit dumpfen, simplen Parolen gerechtfertigte Politik vor Ort durchaus aktiv (mit)gestalten und hierarchisch strukturierte Organisationen vielerorts Probleme damit haben, die eher anarchische „Szene“ in ihre Strukturen einzubinden – Zulauf haben hier verstärkt die autonomen Kameradschaften, die meist klein sind und jedeN einzelneN in die Verantwortung nehmen. Problematisch an diesem Ansatz ist auch, dass Pfeiffer von einer tatsächlich wirksamen DDR-Sozialisation der rechten Jugendlichen ausgeht, von der bei heute 14jährigen, die 1989 gerade drei Jahre alt waren, wohl nicht mehr wirklich gesprochen werden kann. Wäre das so, dürfte sich das Problem in seiner derzeitigen Intensität in wenigen Jahren erledigt haben, sobald den jetzt 18- bis 25jährigen „die Flausen aus dem Kopf gewachsen sind“ und die nachwachsenden, ja nun nicht mehr autoritär, sondern durch Demokratie, Toleranz und Zivilcourage geprägten Jugendlichen dem Ganzen mit Unverständnis und Ablehnung begegnen.

Auch Bernd Wagner, ehemals Leiter der Staatsschutzabteilung der Polizei der neuen Bundesländer und Gründer des „Zentrum Demokratische Kultur“, führt die rechte Vorherrschaft im Osten auf die Zeit vor 1989 zurück. Er weist darauf hin, dass es schon in der DDR eine diffuse rechte Skinheadszene und eine ideologisch gefestigte, sich selbst „Faschos“ nennende Szene von Neonazis gab, die zu ihren autoritären Weltbildern aber nicht als Ergebnis ihrer DDR-Erziehung, sondern im Widerspruch dagegen gelangten. Aus diesen Szenen heraus entwickelte sich in den 90er Jahren mit tatkräftiger Unterstützung staatlicher Stellen mit ihrer „akzeptierenden Jugendarbeit“ eine rechte soziale Bewegung gegen AusländerInnen, die ihre Höhepunkte in den Beifallsbekundungen großer Teile der Bevölkerung zu den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock fand und die weit über die rechten Parteien und Organisationen und die „rechte Szene“ hinaus die Meinung vieler Menschen in Ostdeutschland vertritt (natürlich wird ihre Existenz von den Verantwortlichen derzeit geleugnet und



sicher bekennen sich angesichts der aktuellen Stimmung in den Medien weniger Menschen dazu, aber dass es sie gibt, wird ein ums andere Mal deutlich, wenn Opfern rassistischer Gewalt mit Sprüchen wie „was gehen die auch nachts auf die Straße“ selbst die Schuld zugeschrieben wird oder nicht eine angemeldete Faschodemo, sondern die dabei zu erwartenden „ungewaschenen Krawallmacher“ zum Problem erklärt werden).

Festivals der Völkerfreundschaft

Ein weiterer Erklärungsansatz, der sich vor allem auf die DDR-Vergangenheit bezieht, kommt von den HistorikerInnen des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam. Sie untersuchen den Umgang der SED mit AusländerInnen und der Frage der deutschen Nation und die sich daraus ergebenden Einstellungen der Menschen in der DDR und stellen fest, dass die Politik der DDR-Regierung keineswegs ein Interesse daran hatte, Nationalismus und Rassismus als Ursachen für faschistisches Gedankengut ernsthaft zu bekämpfen. AusländerInnen gab es in der DDR nur sehr wenige und nur da, wo sie mit ihrer Arbeitskraft von der Wirtschaft gebraucht wurden – und dort wurden sie dann auch zentral kaserniert, um sodann nach ihrer arbeitend in der DDR verbrachten Zeit wieder zurück in ihre „Heimat“ geschickt zu werden (ein damals noch bestehendes dieser Heime war es, dass 1992 zur Zielscheibe des Volkszorns bei den Pogromen in Rostock-Lichtenhagen wurde). Kontakt mit DDR-BürgerInnen außerhalb der Arbeitszeit oder gar Integration in die Gesellschaft waren nicht erwünscht. Weil wegen dieser Politik die in der DDR lebenden AusländerInnen – fast nur vietnamesische und afrikanische VertragsarbeiterInnen und sowjetische Soldaten – von den Einheimischen praktisch nur als Symbol der kommunistischen Herrschaft wahrgenommen wurden, wurden das offizielle Gerede von proletarischem Internationalismus und die pompösen Inszenierungen von Festivals der Völkerfreundschaft für sie immer unglaubwürdiger. Viel größerer Beliebtheit erfreute sich das von der SED angebotene Konzept der (nach dem Krieg in Gestalt der DDR in der Tradition des kommunistischen Widerstandes gegen Hitler antifaschistisch geläuterten) deutschen Nation. Dass dieser wie alle Versuche, einen positiven, „guten“ Nationalismus zu konstruieren, nicht gut ging, ist keine Überraschung. Das passte zwar in der ideologischen Vorstellung der Herrschenden mit Internationalismus als „Freundschaft der Völker“ ganz gut zusammen – „Die Deutschen“ können sich als Nation super mit „den Sowjetbürgern“ oder „dem vietnamesischen Volk“ oder welchem nationalen Kollektiv auch immer anfreunden, ohne dass das irgendwelche Folgen für das Verhältnis einzelner Menschen untereinander haben muss – war dem Durchschnittsbürger und der Durchschnittsbürgerin zwischen Cottbus und Rostock aber einfach viel zu hoch. Was hängen blieb, war: es gibt ein „Deutsches Volk“, dem wir alle angehören (na ja, der Westen wurde damals als kapitalistisches Ausland selbstredend ausgeblendet), das voll in Ordnung ist und auf das wir mit Recht stolz sein können, dem „diese Fremden“ aber nicht angehören. Rituale wie „Weltfestspiele“ und „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ wirkten da wohl vor allem als verwirrende Pflichtübungen.

Dieser Nationalismus und das isolierende Verhalten der SED zu real in der DDR vorhandenen AusländerInnen

waren nach Ansicht der ForscherInnen vom ZZF die Grundlage dafür, dass sich im Osten allgemein ein dumpfer Nationalismus und Rassismus im Bewusstsein eines Großteils der Menschen verankert haben. Dass gerade die Jugendlichen das als einen ganz normalen Teil ihres Selbstverständnisses aufgreifen und in ihre jugendkulturellen Ausdrucksformen übernehmen, ist kein Wunder (würde die Erwachsenen auch nicht weiter stören, wenn diese Ausdrucksformen nicht unangenehmerweise Gewalt beinhalten würden – da ist auch nicht verwunderlich, dass allen angesichts rassistischer Überfälle und Anschläge nichts anderes einfällt, als sich „Aktionsprogramme gegen Gewalt“ auszudenken. Die Botschaft: eigentlich haben unsere Jungs ja recht, aber kann man nicht auch ohne Gewalt gegen Ausländer sein? Besonders krass wird das deutlich, wenn in sächsischen Provinzkäffern die NPD und die örtliche Kameradschaft am runden Tisch gegen Extremismus und Gewalt teilnehmen und sich niemand drüber beschwert). Für das Verständnis der Ursachen von rechtem Gedankengut und ebensolcher Gewalt scheint mir dieser Erklärungsansatz deutlich hilfreicher als die populäre „Töpfchen-These“ von Christian Pfeiffer, weil er auch die Frage beantwortet, warum sich eine rechte kulturelle Hegemonie entwickelt hat (während Pfeiffer einfach nur irgendwas von „autoritären Einstellungen“ vorbringen kann, ohne die scheinbare Veränderung des politischen Inhalts erklären zu können). Hinzuzufügen wäre aber sicher auch noch, dass obwohl die DDR sehr günstige Voraussetzungen für diese Entwicklung hinterlassen hat, das Ganze bestimmt nicht einfach so von selbst zwangsläufig in diese Richtung weitergehen musste, aber von verschiedenen Seiten beeinflusst wurde. Zum einen witterten schon 1989 neonazistische Gruppierungen in Westdeutschland wie Michael Kühnens Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF) und andere Morgenluft im Osten und begannen durch Unterstützung der dort schon vorhandenen Faschos und indem sie führende Kader zur Aufbauarbeit entsandten, vorhandene Stimmungen für sich zu nutzen und zu verstärken, um eine militante Naziszene aufzubauen, die zwar zwischenzeitlich durch die Verbote verschiedener Organisationen geschwächt wurde, aber sich im Kern erhalten hat, sich heute in und um die NPD und die Freien Kameradschaften verortet und in vielen Orten praktisch die Öffentlichkeit dominiert. Zum anderen wurden gerade von westdeutschen PolitikerInnen durch populistische öffentliche Diskussionen wie die Asyldebatte die nationalistischen und rassistischen Einstellungen vieler Menschen gefördert und rassistische Gewalt durch Gesetzesänderungen belohnt.

Plattenbau bringt Nazis hervor?

Auf andere, sehr eindimensionale Erklärungsversuche, die einzelne Details wie die Wohnungsbaupolitik der DDR für die ganze Misere verantwortlich machen („Wer in Plattenbauten wohnt, muss ja zum Nazi werden“), will ich jetzt nicht näher eingehen.

Zwischen diesen verschiedenen angebotenen Deutungsmustern abzuwägen und sich ein eigenes sinnvolles Bild zusammensetzen, ist Aufgabe jedes und jeder einzelnen – ich konnte hier nur ein paar Sachen grob zusammenfassen und ein wenig Senf dazu geben, um den Überblick zu erleichtern.



Und was bedeutet das alles jetzt für uns als Verband?

Gute Frage. Das wäre eigentlich auch schon wieder ein Thema für ganze Bücher. Dass im Osten Deutschlands nicht nur die Anforderungen an unsere antifaschistische Jugendarbeit ganz andere sind, sondern auch die Voraussetzungen sich grundsätzlich von denen im Westen unterscheiden, ist ja klar. Vielerorts ist es viel schwieriger, überhaupt Falkenarbeit zu machen und Strukturen aufzubauen, weil nicht nur ein Großteil der Jugendlichen rechts sind und damit die Öffentlichkeit beherrschen, sondern natürlich auch nur sehr wenige Jugendliche sich als „links“ verstehen und noch weniger bereit sind, auch noch das Risiko einzugehen, das damit verbunden ist, sich öffentlich dazu zu bekennen.

Noch mehr als anderswo gilt in einer solchen Umgebung, dass im Grunde alles, was wir tun, Antifa-Arbeit ist und sein muss. Damit meine ich nicht, dass wir uns nur noch mit Faschos beschäftigen sollen, sondern dass in allem, was wir tun, die Jugendlichen dafür gestärkt und darin unterstützt werden, sich im Alltag gegen die rechte Dominanz zu behaupten und solidarisch zu sein, also sich gemeinsam zu wehren. Deshalb ist auch klar, dass wir keine akzeptierende Jugendarbeit mit Faschos machen können, weil sich dann die Jugendlichen, um die es uns gehen muss, nicht mehr in unsere

Räumlichkeiten trauen, sich im Gegenteil die Nazis dort festsetzen und so letztlich die rechte Vorherrschaft gestützt wird. Wenn Falken-Jugendzentren sich Konzepte von der Kommune vorschreiben lassen, die vorsehen, dass die Räume „für alle Jugendlichen gleichermaßen“ da sein sollen, ist es nicht verwunderlich, dass auch diese schnell zu Nazitreffen werden, die als Ausgangsbasis für rassistische Überfälle und ähnliches dienen. Da kann es auch nicht wirklich zur Rechtfertigung dienen, wenn einzelne Jugendliche hier vielleicht von ihrem Tun abgebracht werden: der Schaden, der durch die damit einhergehende Entmutigung der von der Nazipräsenz abgeschreckten Jugendlichen entsteht, ist ungleich größer als dieser Nutzen. Falkenräumlichkeiten und Falkenaktionen müssen ganz klar links besetzt sein und den Nazis muss bewusst sein, dass sie dort nix zu suchen haben – nur so kann die Chance entstehen, sich eigenständig Freiräume zu schaffen, die gerade hier zeigen, dass es auch anders geht, dass es Alternativen zum rechten Mainstream gibt und die in der Lage sind, Jugendliche, die diesem noch nicht verfallen sind, für unsere Utopie und das aktive Eintreten für unsere Ideen zu begeistern.

Hoffentlich ist so was noch möglich.

Dennis Eversberg, studiert in Hannover Sozialwissenschaften und ist im Bezirksvorstand der Braunschweiger Falken für SJ-Arbeit zuständig.

Rechtsrock in der Jugendszene - Kult der Gewalt

Musik besitzt für die rechtsextrem orientierte Jugendszene eine vielfache Bedeutung: Sie vermittelt Lebensgefühl, Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft und propagiert mit unverhohlenem Rassenhass den Kult der Gewalt.

Der Titel des Songs ist unmissverständlich: „Blut muss fließen“. Sein Inhalt ist es auch: Mit unverhülltem Antisemitismus agitiert die rechtsextreme Skinhead-Band Tonstörung ihr jugendliches Publikum: „Wetzt die langen Messer auf dem Bürgersteig/Lasst die Messer flutschen in den Judenleib/Blut muss fließen knüppelhageldick/Und wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik (...).“ Dass die CD – wie so viele andere rechtsextreme Tonträger – mittlerweile indiziert ist, ändert nichts an ihrem hohen Verbreitungsgrad. Wie die Autoren des Sammelbandes White Noise – Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour – Einblicke in die internationale „Neonazi-Musik-Szene“ nachweisen, können derartige Liedtexte auf neonazistischen Internetseiten gelesen, weiterverbreitet und längst auch mitsamt Musik heruntergeladen werden. In unzähligen Läden – wo die einschlägigen Accessoires des rechten Lifestyles wie „Lonsdale“ und „Pit Bull“-T-Shirts, Springerstiefeln und Aufnähern zu finden sind – werden sie unter dem Ladentisch vorrätig gehalten und an Interessenten verkauft. Neonazistische Postversände im europäischen Ausland, insbesondere in Skandinavien, sorgen für den Nachschub mit in Deutschland verbotenem Material. Auf acht bis zehn Millionen Mark wird der Umsatz mit rechtsextremer Musik in Deutschland im vergangenen Jahr geschätzt. Besonders im CD-Markt sind die Gewinnspannen hoch. Sie liegen bei 20 bis 25 Mark pro CD.

Rechtsextreme Erlebniswelt

Für die White Noise-Autoren stellt sich die aktuelle Entwicklung aus zwei Gründen als besorgniserregend dar. Zur einen diene rechtsextreme Musik als „identitätsstiftend“ und „politisierend“ für eine rechte Jugendszene, die vielerorts insbesondere in ländlichen Regionen und in Ostdeutschland längst die Hegemonie auf den Straßen und in den Schulen übernommen hat. Durch entsprechende Konzerte, Aufmärsche und Propagandamaterial aller Art – allein in Deutschland gibt es fünfzig neonazistische Versände hierfür – werde eine regelrechte „rechtsextreme Erlebniswelt“ aufgebaut.

Rechte und rechtsextreme Inhalte finden sich mittlerweile in allen musikalischen Stilrichtungen: Rechte Skinheads konsumieren vor allem Oi-Musik und Nazirock. Aber auch im Bereich *Black Metal* und *Dark Wave* gibt es immer mehr rechte Bands. Hinzu kommen noch sogenannte „nationale Liedermacher“ wie *Frank Rennieke*, die im „Balladen- und Volkslied-Stil“ rechte Propaganda betreiben. Wer es historisch mag, der findet unzählige CDs mit Reproduktionen von „Soldatenliedern“ oder Marschmusik des nationalsozialistischen Reichsarbeitsdienstes. Rechtsextreme Parteien wie die NPD, die längst die Bedeutung von Musik als Propagandamittel erkannt hat, haben inzwischen einen eigenen Versand, in dem alle musikalischen Stilrichtungen angeboten werden.

Bis zum Verbot des Neonazinetzwerks „Blood & Honour“ und der Jugendorganisation „White Youth“



am 14. September diesen Jahres gehörte „Blut und Ehre“ zu den Hauptorganisatoren der rechtsextremen Musikszene:

Von Skandinavien bis nach Kroatien reicht das europaweite Netzwerk von „Blut und Ehre“, wie sich der deutsche Ableger in Anlehnung an den vollen Wortlaut der nationalsozialistischen „Nürnberger Blutschutzgesetz“ auch nennt. Sechs Jahre lang agitierte und organisierte die Gruppierung die rechte Szene in Deutschland: Sie liefert den Konsumenten rechtsextremer Musik die Bands zum Anfassen, importiert in Deutschland verbotene CDs aus Presswerken in Schweden und Tschechien und sorgt für deren Verbreitung durch ein ausgeklügeltes Vertriebsystem von anonymen Internetadressen, rechten Läden und Kontaktpersonen vor Ort.

Ideologische Vorreiterrolle

Innerhalb der nach Verfassungsschutzangaben rund 12000 Personen umfassenden rechten Skinheadszenen nach Blood & Honour mit „Sektionen“ in allen Bundesländern eine organisatorische und ideologische Vorreiterrolle ein. Auch wenn offiziell nur knapp 300 Kader als Mitglieder beider Gruppierungen gezählt werden. Rund ein Drittel aller im vergangenen Jahr vom Bundesamt für Verfassungsschutz registrierten rechtsextremen Konzerte wurden von den Blood & Honour Strukturen organisiert. Bis zu 2000 vor allem junge Rechte versammeln sich bei derartigen Anlässen. Sie reizt das Abenteuer, der Polizei auf dem Weg zu den als Hochzeitsfeiern, Geburtstagsparties oder „Liederabenden“ getarnten Veranstaltungen immer einen Schritt voraus zu sein. Ebenso attraktiv sind die unmissverständlichen Botschaften, mit denen die Bands ihr Publikum zu Rassenhass und Antisemitismus aufstacheln: Werden die Konzerte von der Polizei doch verboten, gibt es die „Kriegsberichter Videos“- die in Schweden hergestellt in mehreren tausend Kopien in Deutschland zirkulieren - als Ersatz. Hier wird unverhohlen der Mord an politischen Gegnern und Ausländern propagiert.

Polizeiliche Maßnahmen haben das Netzwerk von „Blood & Honour“ in Deutschland bislang nur kurzfristig behindert. Dementsprechend skeptisch beurteilen die Autoren von White Noise auch die Wirksamkeit des Verbotes. Sie verweisen darauf, dass Blood & Honour gemeinsam mit den ebenfalls in der rechtsextremen Skinheadszenen aktiven Hammerskins nur zehn Tage nach dem Verbot ein Konzert mit rund 500 Neonazis im niedersächsischen Landkreis Lüneburg durchführte. Als Polizeibeamte die Veranstaltung beim Auftritt der letzten Band beendeten, wurden sie vom Publikum angegriffen. Denn Blood & Honour geht es nicht nur um Entertainment für die rechte Jugendkultur: Ihr Ziel ist es, „Patrioten verschiedener Stilrichtungen zu einen, nicht nur in der Musik, sondern im Kampf.“ Wie der aussehen soll, macht ein Blick auf die Internetseiten von Blood & Honour Skandinavien deutlich: Da wird offen zum Aufbau bewaffneter Untergrundstrukturen aufgerufen.

Aber auch aus einem anderen Grund könnte das Verbot zu spät gekommen sein. Denn die Botschaft „der Begleitmusik für Mord und Totschlag“ hat bei ihren Anhängern längst Wirkung entfaltet.

Zum Beispiel in Guben: Bevor sie auf den algerischen Asylbewerber Farid Guendoul stießen und ihn in

den Tod trieben, hatten seine jugendlichen Verfolger nach eigenem Bekunden die indizierte Musikkassette „Republik der Strolche“ der Berliner Neonaziband „Landser“ gehört. „Stellt Euch mal vor, eines Tages überfällt uns ein Millionenheer Hungernder aus der Dritten Welt. Wie wollt ihr sie abhalten, mit euren Argumenten? Dann hol ich meine Waffe raus und blas sie alle weg!“ tönt es da.

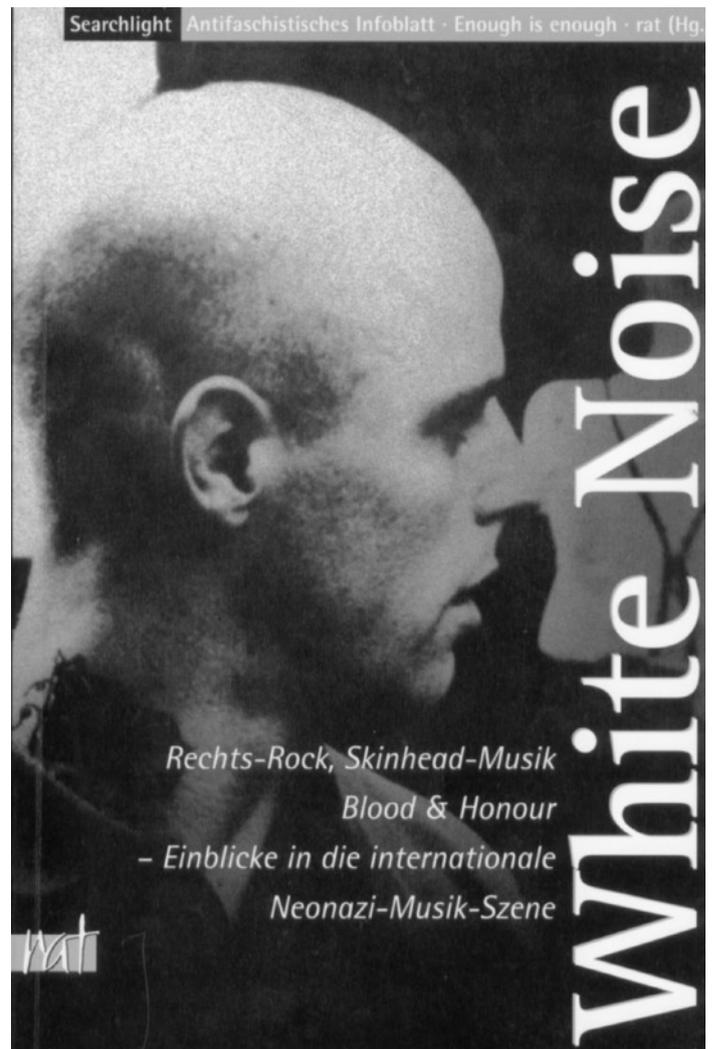
Heike Kleffner

(entnommen aus der Erziehung und Wissenschaft 11/2000)



Bücher / Lesetipp

White Noise: Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour – Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene, Herausgeber: Searchlight, Antifaschistisches Infoblatt, Enough is Enough, reihe antifaschistischer texte/UNRAST-Verlag, Münster, Januar 2000, 19,80 DM



Praxis Falken Kreuzberg

I. Einleitung

Die Auseinandersetzung mit dem Thema „Rechts“ läßt sich aus der Gruppen- und Verbandsarbeit nicht wegdenken, insbesondere wohl auch deshalb, weil der Nationalsozialismus Teil unseres Selbstverständnisses ist. Das mag mißverständlich klingen, meint aber, daß das Ziel unser gemeinsamen Bemühungen immer auch bedeutete einen gesellschaftlichen Gegenentwurf zur NS-Zeit zu entwickeln und zu leben. Gegen Unmenschlichkeit aufzustehen, Zivilcourage zu beweisen, wenn wir dies nicht nur behaupten, sondern täglich leben, dann können wir der Verantwortung deutscher Geschichte gerecht werden.

Während die Medien im Sommer 2000 das Thema „Rechts“ entdeckten, hatten wir in Bad Münde (Niedersachsen) zum „Karneval der Kulturen“ und dem „Eurocamp 2000“ geladen, einem 2wöchigen multikulturellen Camp mit fast 100 Teilnehmern, denn ganz ist die multikulturelle Gesellschaft wohl doch nicht tot. Unser Umzug beanspruchte angeblich die gleichen polizeilichen Kapazitäten wie das bedeutendste Großereignis der Stadt: das jährliche Schützenfest, zumindest behaupteten dies Gerüchte, die uns beim Milchkafee-um-die-Wette-trinken beim örtlichen Italiener zu Ohren kamen.

Da das Thema „Rechts“ allerdings einen anderen Stellenwert haben sollte, als nur das Sommerloch zu füllen, wollen wir an dieser Stelle zwei unserer Aktionen vorstellen, die seit September 2000 stattgefunden haben: Unsere „Schreibwerkstatt gegen Rechts“ am 18. September und unsere Aktionswoche „9. November“.

Der Anhang listet einige Seiten im WWW auf, auf die wir bei Recherche zum Thema gestoßen sind.

Ich habe bei der Zusammenstellung versucht Informationen, Ideen für Aktionen und grundsätzliche Gedanken zum Thema gleichberechtigt nebeneinander zu stellen. Für Anregungen und Kommentare wäre ich dankbar, deshalb an dieser Stelle der Hinweis auf zwei Mail-Adressen: matthiasbethge@hotmail.com und eiertanz@t-online.de

II. Schreibwerkstatt gegen Rechts

Unser Treffen am 18. September fand statt, nachdem „Der Tagesspiegel“ am 14. September eine Liste mit den 93 Opfern rechter Gewalt seit 1990 veröffentlicht hat. Wir haben an diesem Nachmittag Fragebögen entworfen und sind mit Diktiergeräten durch Kreuzberg gezogen. Einige unserer Ergebnisse waren bereits in der Oktober/November-Ausgabe unseres „Red Magic“¹ zu lesen.

Die Interviewbögen

Gruppe 1

1. Fällt Dir ein ausländerfeindlicher Spruch ein? Hast Du schon einmal solche Sprüche gehört? Wenn ja, wann und wo das letzte Mal?
2. Wo in Berlin ist Deiner Meinung nach die ausländerfeindliche Stimmung am größten?
3. Reden Eure Lehrer in der Schule mit Euch über ausländerfeindliche Gewalttaten?
4. Gibt es eine typisch deutsche Eigenschaft, auf die Du stolz sein könntest?
5. Was würdest Du zu folgendem Satz sagen: *Deutsche sind sauber, ordentlich und fleißig!*

6. Welche Problem hast Du mit Kindern und Jugendlichen anderer Nationalität, anderer Herkunft?
7. Wenn Du 1 Million Mark für den Kampf gegen rechte Gewalt ausgeben dürftest, wohin würdest Du es geben, was würdest Du damit machen?

Gruppe 2

1. Fällt Dir ein ausländerfeindlicher Spruch ein? Wann und wo hast das letzte Mal so etwas gehört?
2. Glaubst Du, daß rechte Gewalt in Kreuzberg ein Problem ist?
3. Wenn Dich im Urlaub jemand nach den Gründen für die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland fragen würde, was würdest Du sagen?
4. Gibt es eine typisch deutsche Eigenschaft, auf die Du stolz sein könntest.
5. Wer informiert Dich über rechte Gewalt? Gibt es jemanden der mit Dir solche Themen bespricht?
6. Wenn Du folgenden Nationalitäten (deutsch, türkisch, polnisch, rumänisch, italienisch) eine Eigenschaft zuordnen solltest, was würdest Du sagen?
7. Wenn Du 1 Million Mark für den Kampf gegen rechte Gewalt ausgeben dürftest, wohin würdest Du es geben, was würdest Du damit machen?

Nachgefragt

Jonathan (12), Katrin (13) und Matthias Montag, 18. September. Kreuzberg.

Obwohl die Sonne scheint, sind die Hände kalt, der Sommer ist vorbei. Während sich der Rest der Redaktion vor den Computern lümmelt und heimlich die Heizung angemacht hat, laufen Jonathan und Katrin die Admiralstraße hinunter zur Brücke ans Fraenkelufer.

Mit einem entwaffnenden Lächeln stoppt Jonathan den jungen Mann und hält ihm das Diktiergerät ins Gesicht.

Katrin räuspert sich, ein letzter verlegener Blick auf die Erde.

„Könnte ich vielleicht ein paar Fragen stellen?“

Irgendwie muß man ein Gespräch schließlich beginnen.

„Für die Schule?“

„Nein, das ist so eine kleine Zeitung von den Falken und gegen Rechte.“

Was denken Kreuzberger über die Gewalt von Rechts und was würden Kreuzberger dagegen tun. Katrin und Jonathan haben nachgefragt, obwohl es kalt war.

Rechte Gewalt in Kreuzberg

Rechte Gewalt in Kreuzberg? Sarah (36) aus Neuseeland antwortet schnell. „Nicht, daß ich wüßte“, und auch dem Kubaner Jassus (50) ist noch nichts passiert. Ebu geht in Kreuzberg zur Schule. Sie ist zwölf und Türkin. In der Grundschule hieß es „Scheiß Araber“, dennoch, Nabir (14) legt Wert darauf, daß Ausländerfeindlichkeit eher woanders ein Problem ist, in „Pankow, Marzahn“, die „Ostler“ eben. Othild (55) ist sich nicht sicher, ein bißchen, sagt sie schließlich, auch in Kreuzberg.

„Gibt es eine typisch deutsche Eigenschaft, auf die Du stolz sein könntest?“

Die Frage verwirrt die Leute. Gerhard holt weit aus



und beginnt: „Eine typisch deutsche... Was wolltet ihr wissen? Entschuldigung, ich habe den Faden verloren?“

Katrin ist hilfsbereit und gibt ihm den Faden wieder: „eine typisch deutsche Eigenschaft.“

Nein, die gibt es nicht, bei niemandem hier.

„Wenn Du 1 Million Mark für den Kampf gegen Rechts ausgeben könntest, was würdest Du damit machen?“

„Gute Frage. Was würdest Du machen?“, fragt Sebastian zurück. „Ich werde nie ne Million Mark haben, um was dagegen machen zu können, aber eine Menge prominenter Leute könnten Veranstaltungen machen, so wie Herbert Grönemeyer am Brandenburger Tor vor zwei Wochen. Der hat ein großes Konzert gegeben gegen Rechts. So etwas finde ich gut.“

Jona ist Lehrerin, Jahrgang 47. Der Krieg war schon aus, als sie geboren wurde. „Ganz viel Öffentlichkeitsarbeit“, wünscht sie sich, „und Aufklärungsarbeit, daß man zum einen in Kontakt kommt mit den Jugendlichen, die rechtsradikale Gedanken haben, und nicht nur Gedanken, sondern andere auch körperlich angreifen. Sie müßten sehr viel besser informiert werden, und dann müßte auch sehr viel mehr in den Schulen über Rechtsradikalismus und die deutsche Geschichte erzählt werden und zwar nicht nur im Geschichtskurs, sondern, daß wirklich auch Leute eingeladen werden, die die Geschichte erlebt haben, und die ganz persönlich darüber berichten können. Dann glaube ich würden Kinder und Jugendliche, das auch ein bißchen besser begreifen“

„Wenn Dich im Urlaub jemand nach den Gründen für die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland fragen würde, was würdest Du sagen?“

Die beiden Schülerinnen 11 und 12 Jahre alt zucken mit den Schultern. „Versteht Ihr die Frage“, hakt Katrin nach. „Nö“, antworten die beiden im Duett.

„Ich denke, daß viele Deutsche eifersüchtig sind oder auch neidisch, wenn sich Ausländer tolle Autos leisten können oder eine schöne Wohnung haben, und dann gibt es Deutsche die arbeitslos sind, und es entsteht Sozialneid, und dadurch Ausländerfeindlichkeit. Doch der Sozialneid ist nicht gerechtfertigt, denn die Leute, die ihr Geld verdient haben in Deutschland, haben es zu recht verdient und haben es gespart und sich etwas geleistet. Das ist korrekt.“

Anne holt Luft und lächelt. Mit 42 noch Punk zu sein, ist selbst in Kreuzberg nicht ganz einfach. Nabirs Erklärung ist einfacher und kürzer. „Weil die Deutschen dumm sind“, sagt er. Es dauert einen Moment bis er das „nicht alle“ hinterher schiebt.

Katrin und Jonathan freuen sich über den geheizten „Eiertanz“ als sie zurück kommen, wir freuen uns auch, über die beiden. Vielleicht wird es bald wieder wärmer in Deutschland.

Wie findest Du Ausländer? (von Pascal (12))

Sie sind protzig. Alle? Nicht alle.

Ilhami ist Halbtürke. Er ist protzig, stinkig und brummig, will immer der Stärkste und Coolste sein. Ich kenne ihn seit der 1. Klasse. Er ist wie ein König, manchmal sagt er: „Ich bin Gott“. Er schubst, hänselt, er ärgert die Mädchen solange, bis sie etwas falsches tun. Einmal hat er mich blutig geschlagen. Unsere Lehrerin könnte etwas tun, aber macht es nicht.

Ist Ilhami nun Deutscher oder Türke?

Beides. Sein Vater ist Türke, doch Ilhami wurde

hier geboren. Ich kenne auch Deutsche, die so sind wie Ilhami, deutsche Mädchen. Die sind auch protzig und gemein. Ender und Emin dagegen sind Türken, die sind eigentlich in Ordnung, genauso wie Özlem und Can und die polnischen Kinder im Feriencamp in Bad Münde. Die waren nett.

Wie ich Ausländer finde?

So wie Deutsche, manchmal gut, manchmal schlecht.

III. Aktionswoche „9. November“

Unsere Aktionswoche zum 9. November ist mittlerweile eine kleine Tradition des Ortsverbandes. Kaum ein anderes Datum vereint die Widersprüchlichkeit deutscher Geschichte deutlicher: Revolution und Sturz des Kaisers, Reichspogromnacht, Mauerfall. Ein Datum, das uns Hoffnung und Schrecken gleichermaßen beschert.

Unsere diesjährige Aktionswoche begann am Montag mit einem koscheren Essen und führte uns am Dienstag ins Kino zum „Zug des Lebens“. Am Mittwoch luden wir zur Diskussion zum Thema „Wie die Erinnerung wachhalten?“. Am 9. November beteiligten wir uns trotz erheblicher interner Diskussion an der Demonstration „Wir stehen auf Menschlichkeit und Toleranz“². Die Woche schloß mit einem Kinderfest unter dem Thema „Wir bauen uns unsere Zukunft selbst“.

Die folgenden Kommentare zum Film und zur Diskussionsveranstaltung können vielleicht einige Gedankenanstöße geben.

Zug des Lebens

Die Deportation gesamter Dörfer ist bis heute eine der kaum faßbaren Grausamkeiten des Dritten Reiches, ein Thema, dem sich der „Zug des Lebens“ auf eine ganz besondere Art und Weise nähert.

Shlomo, der sympathische Verrückte der kleinen Gemeinde, die sich selbst deportiert, erzählt uns eine komisch, heitere Geschichte, eine Geschichte die beinahe gut endet, eine Geschichte über einen Zug und über die Hoffnung der Vernichtung zu entkommen. Wider besseren Wissens beginnt man ihm seine unglaubliche Geschichte zu glauben, über Juden, die sich als deutsche Soldaten verkleiden, die in eine deutsche Kaserne marschieren, um „ihren“ Juden zurückzuholen, und die den „Zug des Lebens“ ins Niemandsland retten. Aber es ist eben nur eine kleine, heitere Geschichte, ein Happy-End gab es nicht.

Wie die Erinnerung wachhalten? (I) Nachtrag zur Diskussionsrunde³

vom 7. 11. 2000 anlässlich
der Aktionswoche „9. November“

„Ich erinnere mich...“, vergangene Bilder tauchen auf, ein Lächeln, eine Träne, Freude oder Wut, ein ganz bestimmter Duft, beinahe scheint es als könnte man es berühren: etwas ursprüngliches erwacht für einen Moment erneut zum Leben.

Erinnerung, was ist das eigentlich?

Erinnerung ist mehr als nur Wissen um Vergangenes, es ist vielmehr ein persönliches Verhältnis zu Vergangenen. Es ist etwas ganz anderes, als historisches Wissen zu besitzen, und doch scheint historisches Wissen Teil dessen zu sein, was wir als Erinnerung verstehen.



Wir "erinnern" uns der Geschichte, ohne sie selbst erlebt zu haben. Wir "erinnern" an die Revolution, an den Krieg und dann "erinnert" sich die Öffentlichkeit alle zehn Jahre an den 9. November 1938.

Unser Wissen um Geschichte ist beschränkt, aber dennoch etwas auf das wir bauen können. Geschichtswissen ist etwas unvermeidliches, der Schule und meiner Gauloises rauchenden Lehrerin, die mich die letzten Jahre in der Schule begleitete, sei es gedankt.

Doch können wir uns "erinnern", ohne Geschichte selbst erlebt zu haben? Nur dann, wenn wir sie persönlich in Besitz nehmen. Millionenfacher Mord, millionenfaches Leid, Trauer, Wut und Unverständnis, wer will das schon in Besitz nehmen? Daß wir es tun, ist keine Selbstverständlichkeit.

Oder vielleicht doch? Was sind wir denn ohne Erinnerung? Wir sind schließlich Kinder unserer Geschichte, und was ist selbstverständlicher als ein persönliches Verhältnis zur eigenen Geschichte zu haben? Vielleicht ist es ja wahr, daß Erinnerung ein ganz normales Bedürfnis ist.

Was kann Erinnerung leisten?

Erinnern, den Blick zurückwerfen, kann uns helfen, die Gegenwart zu verstehen. Eine Gegenwart, die vom Entsetzen der Überlebenden des Holocaust und ihrer Nachkommen auf fremdenfeindliche und rassistische Übergriffe gekennzeichnet ist. „Was muß noch passieren, damit wir uns nicht eines Tages die Frage stellen, ob es richtig war, in Deutschland wieder jüdische Gemeinden aufzubauen?“, fragte Paul Spiegel, Präsident des Zentralrates des Juden einen Tag nach dem Brandanschlag vom 2. Oktober auf die Düsseldorfer Synagoge. Erinnerung sollte es uns ermöglichen, die Ängste und Befürchtungen jüdischer Bürger zu verstehen.

Der Holocaust hat eben doch etwas mit uns zu tun. Auch die Generationen nach Auschwitz bleiben mit dem Holocaust verbunden, nicht über Schuld, aber über die Gegenwart und die Opfer. Die Überlebenden der Shoah und ihre Nachkommen tragen die traumatischen Erfahrungen weiter in sich, Erinnern hilft ihnen, den Leidensdruck zu mindern, und ist insofern „der einzig gangbare Weg der Befreiung.“⁴ Unter diesen Umständen kann auch unsere Generation nicht für ein Vergessen plädieren: erst das Erinnern ermöglicht ein Zusammenleben in der Gegenwart ohne Vorwürfe, ohne Rache, aber in gemeinsamer Verantwortung.

Erinnern an die Shoah meint also immer zweierlei: Gegenwart verstehen, indem wir Vergangenheit bewahren, und Vergangenheit bewältigen, um versöhnen zu können. Erinnerung ist nicht nur ein persönliches Bedürfnis, sie ist immer auch Aufgabe: Aufgabe der Einzelnen und Aufgabe der Gesellschaft.

Erinnerung in der Gesellschaft

Angesichts fremdenfeindlicher und antisemitischer Übergriffe, und einem signifikanten Teil der Gesellschaft, der Ausgrenzung von Ausländern offen befürwortet, was sich in Zusammenhang mit den Wahlerfolgen⁵ rechter Parteien in den letzten Jahren zeigte, stellt sich die Frage, ob sich die Gesellschaft ausreichend erinnert. Ist sie sich der Verantwortung ihrer Vergangenheit für die Gegenwart bewußt?

Gibt es eine befriedigende Antwort auf diese Frage? Man kann die Gesellschaft schließlich nicht zur Erinnerung zwingen.

Was wir tun können ist, uns ein persönliches Verhältnis zur Geschichte zu erarbeiten, Gesellschaft in

Form von Politik, Schule und Vereinen kann dazu nur einen unterstützenden Beitrag leisten.

Vielleicht ist das aber auch der wichtigste Gedanke: Erinnerung fängt bei jedem selbst an.

IV. Anhang: Informationen und Materialien im WWW

- <http://www.infolinks.de>
umfangreiche Datenbank zu den Themen Rassismus, Gewalt, Antifaschismus...
- <http://www.asf-ev.de>
Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Weitreichende Materialien und Informationen zum Thema. Insbesondere Online-Dokumentation der Zeitschrift „zeichen“
- <http://www.uni-marburg.de/dir/material/statist/forecht.html>
Fragen und Antworten zum Rechtsextremismus in Deutschland
- <http://www.fu-berlin.de/interkultur/chrowie.htm>
Chronik der Gewalt und des Rassismus im wiedervereinigten Deutschland
- <http://www.tagesspiegel.de/rechtsextremismus>
Informationen des Tagesspiegels zum Thema
- <http://www.wahle.de>
Private Homepage. Material zu den Republikanern.
- <http://www.burks.de>
Linksammlung von Antifaschistischen Seiten und Seiten der rechten Szene.

Stand: 29. 11. 2000

Fussnoten:

- ¹ Unsere ganz besondere Verbandszeitung.
- ² Die Entscheidung zu gehen, mußte schließlich jeder für sich treffen. Zweifelsohne reicht es nicht, ein Tag im Jahr ein Lippenbekenntnis abzugeben, und so mancher stellte wohl zu recht die Frage, wie wir mit denen marschieren können, die die gängige Abschiebepaxis und die rechtlichen Beschränkungen für Bürgerkriegsflüchtlinge mitzuverantworten haben.
- ³ Geladen waren Herr Krebs vom Anne-Frank-Zentrum, Frau Hertel (Geschichtslehrerin), Herr Nelken (PDS), Franziska (JuSos) und Herr Stein (PW-Lehrer).
- ⁴ „Die Zukunft der Erinnerns“. Aleida Assmann. ASF online.
- ⁵ Vgl. Landtagswahlen Sachsen-Anhalt 1998, wo die DVU 12,9% der Stimmen erhielt. Republikaner: 1989 Berlin: 7,5%. 1992 Baden-Württemberg: 10,9%. 1996 Baden-Württemberg: 9,6%. DVU. 1991 Bremen: 6,2%, 1998 Sachsen-Anhalt: 12,9%, 1999 Brandenburg: 6,3%. Noch deutlicher scheint sich diese Tendenz im breiten Zuspruch für die Kampagne der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft im Hessener Wahlkampf 1999 zu zeigen.

Ein Beitrag des OV Berlin-Kreuzberg.



Kontaktadresse

SJD – Die Falken OV Kreuzberg,
Admiralstraße 17, 10999 Berlin,
Telefon: 6147011, Fax: 6161970. eiertanz@t-online.de



„Internet als Propagandawaffe“

Rechtsextremismus im Internet

Das „Internet als Propagandawaffe“, das ist die Vision des amerikanischen Neonazis Gerhard Lauck, Chef der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Aufbau- und Auslandsorganisation (NSDAP/AO) mit Sitz in Lincoln in Nebraska. Auch deutsche Rechtsextremisten verbinden mit dem neuen Medium große Hoffnungen. Das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ sieht im Internet „in Zeiten absoluter Medienkontrolle (...) das letzte Medium, das eine tatsächliche Informationsfreiheit gewährleistet.“ (Deutsche Stimme, Nr. 9, September 2000) Dadurch entstehe ein „wichtiger Gegenpol zum herrschenden Zeitgeist.“

Das Internet erreicht schnell und günstig eine Vielzahl von Nutzern. Einen großen Stellenwert nehmen inzwischen die individuelle Kommunikation per e-mail und Diskussionen in sog. chat-rooms ein, vor allem aber dient das Internet der Selbstdarstellung und Propaganda. Über mailing lists können Nachrichten oder elektronische Zeitschriften jenseits von Postweg, Kontrolle und Zensur an viele Adressaten verschickt werden.

Außerdem erleichtert das WWW die Mobilisierung für Veranstaltungen. „Ob Zeitschriften, programmatische Texte, aktuelle Meldungen, rechtliche Informationen, Flugblattvorlagen, Diskussionsforen oder komplette Versandkataloge: Alles ist problemlos im Internet abrufbar,“ bilanziert die NPD die neuen Möglichkeiten. (Deutsche Stimme, Nr. 9, September 2000)

Zielgruppe: Jugendliche

Besonders im Visier haben rechtsextreme Kreise Jugendliche. So ist für die NPD das „vor allem junge Publikum im weltweiten Datennetz“ die „Info-Elite der Zukunft“, mit der sie „gegen den Zeitgeist“ angehen will.“ (Deutsche Stimme, Nr. 9, September 2000) Der „Revisionist“ Germar Rudolf, der die Massenvergasungen in Auschwitz in Zweifel zieht, fordert, ein wichtiger Ansatzpunkt der Arbeit müsse „die Jugend“ sein: „Da wir (...) gegen die alten Medien keine Chance haben, im Internet aber — einem Medium der Jugend! — mit so ziemlich allen relativ leicht mithalten können, haben wir uns (...) entschlossen, dort ein kühnes Projekt zu starten.“ (Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung, 2/1999)

Rund 800 Homepages stellten deutsche Rechtsextremisten zum Jahreswechsel 200/2001 laut Bundesamt für Verfassungsschutz ins Internet (www.verfassungsschutz.de). Ein Rückblick: 1996 waren es 32 Websites, 1997 rund 100, 1998 mehr als 200, 1999 über 330 und Mitte 2000 fast 500.

Mittlerweile sind fast alle in Deutschland aktiven rechtsextremen Parteien, zum Teil bis auf Kreis- und Ortsverbandsebene, Vereinigungen und Publikationen mit einem eigenen Angebot im Netz präsent. „Dazu kommen etwa 2.000 Homepages aus dem US-Bereich“, erläutert Markus Kaiser, Leiter des Referats „Neue Medien“ beim Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (www.baden-wuerttemberg.de/verfassungsschutz).

Diese „explosionsartige Entwicklung“ im rechtsextre-

men Spektrum muss allerdings auch vor dem Hintergrund des allgemeinen Anstiegs des Interneteinsatzes beurteilt werden.

Als erste rechtsextreme Seite im Netz gilt „Stormfront“. „The first White Nationalist site on the Web“ erschien am 27. März 1995, lanciert von dem amerikanischen Neonazi Stephen Donald Black alias Don Black aus West Palm Beach in Florida, einem ehemaligen Anhänger der Knights of the Ku Klux Klan von David Duke. Nach eigenen Angaben sollen im August 2000 über 120.000 Personen die „Stormfront“-Hauptseite angeklickt haben. Die meisten Besucher kämen aus den USA, an zweiter Stelle stehe Deutschland, erläutert die Website-Statistik. Symbol der Homepage ist das Keltenkreuz mit dem Logo „White Pride World Wide“, Zielgruppe „those courageous men and women fighting to preserve their white Western culture“.

In Deutschland lässt sich eine verstärkte Agitation im neuen Medium seit Mitte 1997 beobachten. Aber bereits 1995, im Jahr, in dem Don Black online ging, vermerkte das Bundesamt für Verfassungsschutz erstmals, dass „auch in Deutschland ansässige rechtsextremistische Gruppen das Internet“ (Verfassungsschutzbericht des Bundes 1995, S. 193) nutzen.

Per Mausclick ins weltweite Netzwerk der extremen Rechten

Die meisten Websites sind durch Links miteinander verknüpft. Deshalb genügen in der Regel eine Einstiegsadresse und ein Mausclick, um ein ganzes Netzwerk absurfen zu können. Eine besondere Rolle spielen in diesem Kontext sogenannte Portale, deren Ziel es ist durch Linksammlungen in die nationale und internationale rechtsextreme Internetszene einzuführen. Alarmierend ist ferner die Kommunikation über die Gästebücher der Homepages. Hier kommentieren die Besucher das „Produkt“ und werben häufig zugleich für ihre eigene Seite, die dann nur angeklickt zu werden braucht. Über die Einträge in einem RAC (Rock against Communism)-Guest Book etwa gelangt der Surfer zur einer Seite über die deutsche Neonaziband „Macht & Ehre“, zur slowenischen Sektion der NS-Skinorganisation „Blood & Honour“ oder zu einem Internetverzeichnis des Ku Klux Klan. Jede dieser Homepages verfügt ihrerseits über eine umfangreiche Linkliste. (Stand: 9.10.2000) Das Jugendschutz.net (www.jugendschutz.net), die bundesweite Zentralstelle für den Jugendschutz in Mediendiensten, hat seit Februar 2000 einschlägige Websites gesichtet und systematisch ausgewertet. „Die Analyse von 800 Gästebuch-Einträgen in einem Zeitraum von vier Wochen erbrachte ca. 600 Web-Adressen und etwa 800 Kontaktadressen.“ Gerade in diesen Foren werde die braune Gesinnung voll ausgelebt: „die rechtsextremistischen Gästebücher gleichen heute vielfach ‚befreiten Zonen‘, in denen unwidersprochen Hasstiraden gegen Minderheiten und Geschichtsklitte- rung verbreitet werden kann.“

Eine schleichende Agitation im Internet betreiben die selbsternannten „Revisionisten“, die die Gräueltaten des



„Dritten Reiches“ herunterspielen und verharmlosen. Solche Seiten verzichten in der Regel auf provokative Symbole wie Kelten- oder Hakenkreuze, verweisen auf Toleranz, Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit und erwecken auf den ersten Blick einen seriösen Eindruck. War es vor dem Internetzeitalter relativ kompliziert sich derartige Schriften zu besorgen, so kommt man heute nicht mehr an diesem Angebot vorbei, wenn man sich für die Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts interessiert. Der britische „Revisionist“ David Irving formuliert das so: „Wenn ein Student jetzt in einer Universität (...) eine Aufgabe bekommt, eine Schulaufgabe, einen Aufsatz muss er über Hitler und den Holocaust schreiben. Da geht er sofort ans Computersystem, was über Hitler und den Holocaust vorhanden ist, und da stößt er unweigerlich auf meine Website.“ (Dokumentarfilm „Rechtsextremismus im Internet“, Rainer Fromm/Barbara Kernbach, BRD 2000, www.matthias-film.de)

Waffenbörse Internet

Außerdem lässt sich eine zunehmende Militarisierung im Netz beobachten. Am 25. Mai 2000 fragte ein Besucher aus dem „Raum MA/HD“ im Gästebuch einer NS-Website nach „Ausrüstungsgegenständen“ für „eine großangelegte Säuberungsaktion. Wir wollen unsere Heimat wenigstens von einigen dieser Zecken befreien.“

Die Antwort kam am selben Tag. „Na Sieg Heil!!! Das lobe ich mir doch, Einsatzfreude!!! Ich kann dir leider keine Wummen beschaffen, aber schau mal hier nach:“ Es folgte die Internetadresse von „Das kleine Bomben 1x1“. Auf die Warnung, „daß es absolut illegal ist, Bomben irgendeiner Art herzustellen und/oder zu verwenden, nein, es ist auch noch kreuzgefährlich“ folgen praktische Tipps zur „elektrischen Zündung von Ladungen“, einer „Überraschungsei-Bombe“, „Splittergranaten aus dem Supermarkt“ oder „Anreißzündern aus Kinderfeuerwerk“.

Die Seite „Der arische Ansturm“, die von Februar bis Dezember 1998 über einen amerikanischen Provider betrieben wurde, enthielt unter anderem „präzise deutschsprachige Anleitungen zur Herstellung von Sprengstoff und Bomben.“ (BfV: Rechtsextremistische Bestrebungen im Internet, Februar 2000, S. 32) Der Polizei gelang es Anfang 1999, den anonymen Betreiber zu identifizieren. Bei einer Hausdurchsuchung bei dem 17-jährigen wurden neben Propagandamaterial auch umfangreiche Mittel zur Herstellung von Sprengstoff gefunden.

Der Vizepräsident des Landesamtes für Verfassungsschutz Hamburg, Manfred Murck, befürchtet, dass die virtuelle Gewalt in bestimmten Fällen durchaus in die Realität überschwappen könnte: „Ich sehe das so, dass nicht der einzelne Mordaufruf oder die einzelne verachtende Botschaft im Internet unmittelbar in eine Handlung umgesetzt wird. Dass aber insgesamt in dieser rechtsextremistischen Szene in ihrer Vernetzung mit der Skinszene durch die permanente

Thematisierung von Gewalt, von Menschenverachtung, eben doch Legitimationsgrundlagen geschaffen werden dafür, dass der Einzelne dann ausrastet.“ (ZDF-Magazin Kennzeichen D, 1.9.1999)

Gegenaktionen

Die Kontrolle und die eventuelle Strafverfolgung von Internetangeboten sind schwierig, was zum einen mit der dezentralen Struktur des Netzes, zum anderen

mit dem Fehlen einer einheitlichen internationalen Rechtslage zusammenhängt. In den USA etwa wird der Meinungsfreiheit ein sehr hoher Stellenwert eingeräumt. Die freedom of speech garantiert das Recht auf die Leugnung des Holocaust ebenso wie die anonyme Verbreitung von Informationen und Propaganda.

In Deutschland steht die Diskussion häufig unter dem Zeichen von Sanktionen. So forderte der Düsseldorfer Regierungspräsident Jürgen Büssow im Sommer 2000 „die 190 in Nordrhein-Westfalen tätigen Provider auf, Internetseiten mit rechtsextremem Inhalt aus dem Netz zu nehmen.“ (Frankfurter Rundschau, 12.8.2000) Andernfalls müßten sie mit Bußgeld bis zu 500.000 Mark rechnen. Handhabe der Androhung ist der Mediendienste-Staatsvertrag, der Angebote im Internet untersagt, die etwa zum Hass gegen Teile der Bevölkerung oder gegen eine nationale, rassische oder religiöse Gruppe aufstacheln. Der Sprecher des Internet-Betreibers AOL, Carsten Meinke, sagte, die Bußgeldandrohung zeuge von „absoluter Unkenntnis“ der Kontrollmöglichkeiten.

AOL-Deutschland hat nach eigenen Angaben rund 1,5 Millionen Online-Kunden.

Experten setzen auf Kooperation mit den Betreibern. Das Jugendschutz.net in Mainz erklärt: „Nur in enger Zusammenarbeit mit der Internet-Industrie kann der rechtsextremistischen Propaganda schnell und wirksam der Boden entzogen werden.“ Die Einrichtung hat einen Katalog von Gegenmaßnahmen erarbeitet. Denkbar wäre eine Sperrliste mit bekannten rechtsextremen Internet-Adressen, die von Suchmaschinen genutzt werden könnte, um die jeweiligen Angebote aus dem Suchindex zu löschen. (www.jugendschutznet.de) Um eine Offensive gegen rechtsextremistische Propaganda und Agitation im Internet zu starten, trafen sich im Oktober 2000 Vertreter des Bundeskriminalamtes (BKA) und der Telekommunikationsdienstleister. Anwesend waren rund 100 Provider, die Bereitschaft signalisierten, die Verbreitung des Rechtsextremismus im Netz zu bekämpfen. (vgl. epd, 19.10.2000) Nach dem Hinweis eines Journalisten hatte AOL die Homepage des „Bund für Gesamtdeutschland“ gesperrt und den Mitgliedsvertrag gekündigt. Auf der Seite war die Rede von der „dem Naturgesetz folgenden Kraft des deutschen Volkes, sich gegen Eindringlinge in unserem Lebensraum zu wehren.“ (Frankfurter Rundschau, 12.8.2000) In Deutschland ist der Verein „N@IIN - No Abuse in Internet“ entstanden, um rechts- und sittenwidrige Inhalte aus dem Netz zu verbannen. Der Provider Puretec „hat gegen rechtsradikale Domains einen umfangreichen Maßnahmenkatalog beschlossen“ (vgl. www.fasena.de/) Puretec fordert alle Surfer auf, „auffällige Internet-Seiten an die dafür eigens eingerichtete 1&1-Adresse netwatch@puretec.de zu melden. Sofern Hinweise über neonazistische Inhalte (...) vorliegen, kündigt 1&1 den Anbietern. Durch die Zusammenarbeit mit den Landeskriminalämtern ist es jedoch aus ermittlungstechnischen Gründen teilweise nötig, Angebote länger als erwünscht online zu lassen.“

In ähnlicher Weise hat der Internet Service Provider Austria (ispa) eine Hotline für die Meldung von kinderpornografischen oder neonazistischen Angeboten eingerichtet. (www.hotline.ispa.at)

Im Bereich des Rechtsextremismus zeigt der öffentliche Druck Wirkung, wie die Reaktionen von Betroffenen belegen. So wurden die Seiten des Bundesvorstands der NPD im Sommer und Herbst 2000 mehrfach gesperrt. Zeitweise fand sich folgender Protest im Internet: „Auf



Grund des derzeitigen Gesinnungsterrors gegen national denkende Menschen in der Bundesrepublik Deutschland — dem freiesten Staat, den es auf deutschem Boden je gab — ist die angeforderte Netzseite derzeit nicht erreichbar.“ Der „nationale Liedermacher“ Frank Rennicke resümiert, „ das amerikanische Mammutunternehmen AOL“ habe „dutzende Male meine Seite sabotiert und die Untergruppen der Datengelöscht. (...) In der gegenwärtigen Pogromstimmung gegen alles „Rechte“ hat nun auch mein zweiter „Server“, die Firma Strato weisungsgemäß gehandelt und mir meine Seiten mit der vorgeschobenen Begründung auf „rechtswidrige Verweise“ abgeschaltet.“ (Brief an die Autoren vom 11.10.2000)

Da Rechtsextremisten sich häufig an junge Internetsurfer wenden und sogar spezielle Angebote für Kinder und Jugendliche entwickelt haben, wird vermehrt der Ruf nach Filterprogrammen laut. Auch das Bundeskriminalamt fordert, den Einsatz und die Wirkung von derartiger Software und von Bildmustererkennungen zu prüfen. In der Vergangenheit wurden die Erwartungen an diesen technischen Jugendschutz allerdings meist enttäuscht. Es gibt zwar eine ganze Reihe von sogenannten „Software-Nannies, die von sich behaupten, sie könnten problematische Inhalte ausfiltern. Die meisten sind nicht wirksam genug und inhaltlich bedenklich,“ kritisiert das Jugendschutz.net: „Elterliche Aufsicht oder pädagogische Begleitung können sie nicht ersetzen.“

Das Netz zur Aufklärung nutzen

Die amerikanische Anti-Defamation League (ADL) empfiehlt, das Netz selbst zur Aufklärung zu nutzen. Anfang 2000 war es zu Protesten gekommen, weil amerikanische Verlage die antisemitische Schrift „Die Protokolle der Weisen von Zion“ über das Internet zum Verkauf anboten. Die ADL vertrat den Grundsatz, in einer demokratischen Gesellschaft sollten Bücher nicht verboten werden, und führte Gespräche mit Amazon.com und Barnes & Noble.com. (Online booksellers selling anti-semitic publications, ADL 2000, www.adl.org) Ergebnis war, dass die Verlage auf ihren homepages Informationen der ADL zu den „Protokollen“ plazieren. Außerdem weisen sie in ihren Buchbesprechungen im WWW darauf hin, dass es sich um eine Fälschung aus dem 19. Jahrhundert handelt, die unterstellt, eine jüdische Geheimgesellschaft wolle die Weltherrschaft erringen.

In Deutschland machen sich verschiedene Projekte das Interesse für rechtsextreme „Kultbegriffe“ zunutze und bieten unter „belasteten“ Domain-Namen Aufklärung an. Seit 1998 existiert die „Initiative Dialog“ (www.initiative-dialog.de), die unter der Adresse www.nazis.de ein „Diskussionsforum für und mit Rechtsextremisten“ unterhält. Unter www.thulenet.de ist eine Seite für Aussteiger erreichbar. Auf sachliche Information setzt auch das deutschsprachige Internetportal www.shoa.de, dem verschiedene Domains wie www.auschwitzluege.de, www.endloesung.de, www.wannsee-konferenz.de, www.propagandafilme.de, www.der-ewige-jude.de oder www.jd-suess.de angehören. Die Seiten stellen Material über den Holocaust, das Konzentrationslager Auschwitz, die Geschichte des Antisemitismus, das „Dritte Reich“ oder den Zweiten Weltkrieg für professionelle und private Recherchen zur Verfügung, präsentieren eine ausführliche Link- und Literaturliste zum weiteren Studium und wollen

so der Prävention gegen „revisionistische“ und pseudo-wissenschaftliche Desinformation dienen.

Das „Transatlantische Klassenzimmer“ gibt Tipps für Online-Projekte wie eine „Guided Tour“ zum Thema Holocaust im Internet (www.tak.schule.de/).

Unter der Domain www.erinnern-online.de werden Unterrichtsmaterialien für die Sekundarstufe I und II vorgestellt. Sie knüpfen an biographische Berichte von deutschen Holocaust-Überlebenden an und wurden im Auftrag der Survivors of the Shoa Visual History von Steven Spielberg entwickelt.

Immer mehr setzt sich auch in universitären Kreisen und in der politischen Bildung die Einsicht durch, das Internet selbst zur Aufklärung zu nutzen und das Feld nicht den Gegnern der Demokratie zu überlassen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Hitlers „Mein Kampf“ im Internet abrufbar ist, Eugen Kogons Standardwerk „Der SS-Staat“ hingegen nicht. Wissenschaftliche Institute wie das Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin (www.tu-berlin.de/~zfa) haben erkannt, dass es nicht ausreicht, Forschungsergebnisse in Fachzeitschriften zu publizieren, sondern dass diese ins Netz eingestellt werden müssen. Die Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) bietet Publikationen zum Nationalsozialismus und zum Zweiten Weltkrieg jetzt auch online an. Diese Internetpräsenz hat zudem einen beabsichtigten und erwünschten „Nebeneffekt“. Suchmaschinen listen bei Stichworten zur Zeitgeschichte verstärkt demokratische Seiten auf und die Rechtsextremisten bekommen im Netz Konkurrenz.

Rainer Fromm/ Barbara Kernbach

Dieser Vorabdruck wurde der Internetseite www.netzgegenrechts.de entnommen.



Bücher / Lesetipp

Rechtsextremismus im Internet

Rainer Fromm/ Barbara Kernbach: Olzog Verlag, München, www.olzog.de. Erscheint im Frühjahr 2001.



Aktuelles Gedenken

Den 62. Jahrestag der Reichspogromnacht haben die Falken im Erftkreis zum Anlass genommen eine Mahnwache in ihrer Stadt durchzuführen. Die abgedruckten Dokumente geben einen kleinen Einblick in die Aktion. Wenn Ihr Gedenktage zum Anlass für Euer Engagement nehmen wollt, findet Ihr hier ein paar Vorschläge:

Der 27. Januar (1945)

Offizieller Gedenktag der Bundesrepublik anlässlich der Befreiung der Gefangenen im Konzentrationslager Auschwitz durch die Alliierten

Der 30. Januar (1933)

Jahrestag der Machtübergabe an die NSDAP mit Adolf Hitler.

Der 08. Mai (1945)

Befreiung Deutschlands vom NAZI-Regime durch die Alliierten. Ende des II. Weltkrieges.

Der 10. Mai (1933)

Jahrestag der durch die Nazis inszenierten Bücherverbrennungen.

Der 01. September (1939)

Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen (Beginn 2. Weltkrieg)

Der 09. November (1938)

Jahrestag der gezielten und massenhaften Zerstörung jüdischer Geschäfte und Synagogen.

Zu diesen Tagen lassen sich sicherlich Bezüge zum Geschehen in Eurer Stadt herstellen.

Dies ist lediglich eine kleine Auswahl von von zahlreichen Anlässen in der Öffentlichkeit auf die Geschichte und Verbindungen zur Gegenwart hinzuweisen.

Bei Nachfragen könnt Ihr Euch wenden an:

SJ – Die Falken, Kreisverband
Erftkreis, Kölnerstr. 64 – 66,
50226 Frechen, Tel.: 02234/56095,
Fax.: 02234/55741

ERFTKREIS *Rundschau 10/11/2000*

Nummer 261 

Hunderte Menschen gedachten gestern Abend im Erftkreis der Reichspogromnacht

Widerstand gegen rechte Gewalt



SJD - Die Falken Kreisverband Erftkreis

Falken zeigen Flagge gegen

Rassismus & Rechtsextremismus

Heute: Kranzniederlegung und Mahnwache für die Opfer des Faschismus von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr am Rathauseingang

V.i.S.d.B.P. Barbara Klatzek, / Kölnerstr. 64-66, 50226 Frechen

WOCHENENDE

Ausgabe 45/8. November 2000

Schlagzeilen

Mahnwache

Frechen. Der Kreisverband „SJD - Die Falken“ organisiert am Donnerstag, 9. November, in der Frechener City eine Aktion gegen Rechtsradikalismus und Faschismus. Für 17 Uhr ist zunächst eine Mahnwache am Gedenkstein in der Fußgängerzone geplant, um 18 Uhr zieht ein Lichterzug zum Rathaus.

Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch ... ! Bert Brecht

Zur Erinnerung:

Am 09.11.1938 wurden in ganz Deutschland von den Faschisten die Synagogen der jüdischen Mitbürger angesteckt und deren Geschäfte und Einrichtungen zerstört. Es war der Auftakt der Vernichtung des jüdischen Lebens in Deutschland.

Heute werden wieder Brandanschläge gegen jüdische Einrichtungen von rechtsextremistischen Gruppen verübt.

Alle, die nicht deutsch wirken, werden durch die Straßen gehetzt und geprügelt, auch im Erftkreis vermehren sich rechtsextreme Vorfälle!

Deshalb hat der Spruch

"Wehret den Anfängen!"

nichts an Aktualität eingebüßt!

Keiner hat ein Recht Menschen, die



- ☆ anders aussehen
- ☆ anders sprechen
- ☆ anders denken
- ☆ etc.

- // auszugrenzen
- // zu jagen
- // zu schlagen

Wie kann ich dagegen einschreiten ?

- Hilfe holen (Eltern, Lehrer, Freunde, Polizei, ...)
- Anzeige erstatten bei der Polizei
- Zivilcourage zeigen (z.B. laut und deutlich die Meinung sagen)

V.i.S.d.B.P. Barbara Klatzek, / Kölnerstr. 64-66, 50226 Frechen



Aktion Noteingang

Zivilcourage gegen Rassismus?

Es begann damit, dass sich eine Gruppe Bernauer Jugendlicher das Ziel setzte, Initiative gegen rassistische und faschistische Übergriffe und deren Ursachen in ihrer Stadt zu ergreifen. Sehr schnell stellte sich heraus, dass ein basisgetragenes Konzept wie das der „Aktion Noteingang“ in vielen anderen Städten Brandenburgs auf Zuspruch stieß und Handlungsmöglichkeiten für breite Teile der Gesellschaft bietet. Einzelpersonen und Gruppen von Menschen, die sich mit einer ideologischen und gewalttätigen rechtsextremen Realität konfrontiert sahen und diesen Zustand nicht tatenlos hinnehmen wollten, sahen hier einen Handlungsspielraum, den sie in breiten Bündnissen ausfüllen können.

So entwickelte sich „Aktion Noteingang“ zu einem landesweiten Projekt, an dem sich seit Frühjahr 1999 mittlerweile 13 Städte beteiligen. Regionale Bündnisse, bestehend aus unterschiedlichen Gruppen und Einzelpersonen, entstanden, um gemeinsam ein Zeichen gegen rassistische und faschistische Umtriebe zu setzen, öffentliche Diskussionen zu entfachen und BürgerInnen zur Zivilcourage zu animieren.

Obwohl nach einem einheitlichen Konzept, arbeiten die Bündnisse vor Ort eigenverantwortlich und nach einem den örtlichen Gegebenheiten angepaßten Vorgehen. Daraus ergaben sich unterschiedliche Wirkungen auf die Kommunen sowie differenzierte Ergebnisse und Erfahrungen.

Wir sehen „Aktion Noteingang“ nicht als einmalige, nun beendete Aktivität, sondern vielmehr als Grundlage für weitere Arbeit auf den Gebieten Antirassismus und Antifaschismus.

Die im Großen vorgemachte Ausgrenzung von Ausländern, Linken, sozialen Gruppen (nicht umsonst werden sie „Randgruppen“ genannt), und anderen, die nicht konform gehen, wird im Kleinen, im Zwischenmenschlichen, weitergelebt und in physischer und psychischer Gewalt entäußert.

An dieser Stelle zu intervenieren, Positionierungen gegen diesen gesellschaftlichen Normalzustand einzufordern und geistige Horizonte zu öffnen, war Ziel der „Aktion Noteingang“.

Entstehung der Aktion Noteingang

Bei der Aktion Noteingang handelt es sich um ein Projekt im Land Brandenburg, das von einer Gruppe Bernauer Jugendlicher in Anlehnung an ein ähnliches Vorhaben in Berlin initiiert wurde.

Treibende Anlässe beim Aufbau dieses Projektes waren eindeutig rassistisch motivierte Angriffe, vor allem im Sommer 1998, bei denen unter anderem ein Gambier und ein Vietnameser am helllichten Tag in Bernau überfallen und verletzt wurden.

Aus diesen Ereignissen heraus entstand das Bedürfnis, auf die zunehmende Anzahl rassistisch und faschistisch motivierter Übergriffe aufmerksam zu machen, Solidarität mit den Betroffenen zu zeigen, eventuell eine Unterstützungsmöglichkeit für Leidtragende zu schaffen.

Ansatzpunkt war, ein Handlungskonzept zu entwerfen, welches nachhaltig die Problematik rassistischer und faschistischer Angriffe thematisiert - und zwar

genau dort, wo aus unserer Analyse heraus die Täter ihre Rückendeckung kriegen, in der Mitte der Gesellschaft.

Die Aktion soll eine breite öffentliche Diskussion innerhalb der Gesellschaft und das Aufzeigen einer konkreten Handlungsmöglichkeit gegen den rechten Mainstream ermöglichen.

Funktionsweise der Aktion Noteingang

Im Rahmen des Projekts werden LadenbesitzerInnen, Gaststätten-, TankstellenbetreiberInnen, FilialeiterInnen, Verantwortliche für Kultur-, Kirchen- und Sozialeinrichtungen und andere öffentliche Institutionen angesprochen. Ihnen wird in einem Gespräch die „Aktion Noteingang“ vorgestellt, und sie erhalten eine schriftliche Erläuterung, die Aufkleber zur Aktion, eine Liste mit wichtigen Kontakttelefonnummern und -adressen, einen Fragebogen und Hinweise zu Verhaltensweisen bei direkter Gewalt.

Das Hauptaugenmerk liegt auf dem Aufkleber. Mittels der Aufkleber, die an den Eingangstüren der Läden und öffentlichen Gebäude angebracht werden, soll potentiell von rassistisch und faschistisch motivierter Gewalt Betroffenen öffentlich Schutz und Hilfe durch die Geschäftsleute und öffentlichen Träger signalisiert werden. Wenn jemand im Falle eines Übergriffes Hilfe suchend in ein Geschäft bzw. in öffentliche Gebäude flüchtet, sollte der/dem Hilfesuchenden solange Schutz durch die Schaffung von Öffentlichkeit geboten werden, bis sich die Situation entschärft hat.

Wenn die betroffene Person dies wünscht, sollte sofort die Polizei alarmiert werden. Danach müßte ihm/ihr die Liste mit den Kontakttelefonnummern gegeben werden, so daß er/sie weitere Hilfe und Beratung in Anspruch nehmen kann. Beispielsweise bietet die „Opferperspektive“ eine Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt in Brandenburg an. Während des Gesprächs, das wir mit dem Ladenpersonal führen, weisen wir insbesondere auf die Bedeutung der Aufkleber hin. Uns geht es nicht darum, sich nur privat gegen Rassismus und Faschismus zu äußern, sondern dies auch in die Gesellschaft zu tragen. Viele Menschen, die nicht in das Weltbild der Neonazis passen, leben zur Zeit in ständiger Angst, auf offener Straße von diesen angegriffen zu werden, und mit dem Gefühl, keinerlei Schutz und Hilfe von ihren Mitmenschen zu erhalten. Sie sehen sich häufig in einer isolierten Position und bringen nicht den Mut auf, andere gezielt um Hilfe zu bitten. Deshalb betrachten wir es als wichtig, die Bereitschaft zur Hilfe zu signalisieren. Dies würde den Betroffenen das Gefühl vermitteln, bei gewalttätigen Ausschreitungen nicht allein zu sein und ihr subjektives Sicherheitsgefühl wäre zudem gestärkt.

Aufkleber und Fragebogen

Des Weiteren darf die Wirkung der Aufkleber auf Gewalttäter mit rassistischer und faschistischer Gesinnung nicht vergessen werden.

Durch die Präsenz der Aufkleber wird ihnen unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß ihre rassistische Haltung und ihr Umgang mit anderen Menschen



nicht toleriert wird oder gar Unterstützung findet. Im Gegenteil: Ihnen wird gezeigt, daß sie mit einem Entgegenreten der Geschäftsleute und der Bevölkerung zu rechnen haben, das zum Beispiel darin besteht, die Polizei zu alarmieren oder später vor Gericht auszusagen.

All dies würde sich hemmend auf die Entscheidung zur Gewalt auswirken. Viele Menschen wollen sich mit der alltäglichen rassistischen Gewalt nicht abfinden, stehen ihr aber mit einem Gefühl der Ohnmacht gegenüber. Die „Aktion Noteingang“ bietet sich als konkrete Tat an, um aktiv in das Geschehen einzugreifen und Zivilcourage zu beweisen. Könnte sich der Großteil der Bevölkerung öffentlich positionieren, so bliebe dies nicht ohne Wirkung auf Denken und Handeln der Täter.

Um eine Stigmatisierung der LadeninhaberInnen zu verhindern, wird ihnen die Möglichkeit gegeben einen Fragebogen differenziert zu beantworten. Sie können sich dazu äußern, warum und wem sie helfen oder nicht helfen, warum sie den Aufkleber anbringen oder nicht anbringen.

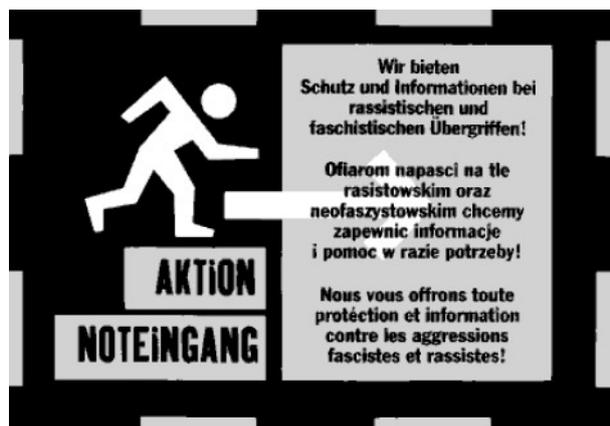
Der in Zusammenarbeit mit StudentInnen der Humboldtuniversität erstellte Fragebogen bietet die Möglichkeit, mit einer empirischen Erhebung das

Stimmungsbild der angesprochenen Personengruppen zu messen. Aus dieser Analyse ergeben sich Möglichkeiten, weitergehende Ansätze für antirassistische Initiativen und Aktionen zu entwickeln.

Um die Anonymität zu wahren, füllen die Geschäftsleute und Angestellten in den öffentlichen Gebäuden den Fragebogen alleine aus und geben ihn in einen Umschlag, den sie selbst zukleben. Die in einem Behältnis gesammelten Umschläge werden zur Auswertung der dafür verantwortlichen studentischen Arbeitsgruppe des Psychologischen Institutes der Humboldt-Universität zu Berlin übergeben.

Auch die nicht ausgefüllten Fragebögen werden erfaßt und Gründe für die Nichtbeantwortung er-, bzw. hinterfragt.

Kontakt: noteingang@djb-ev.de



Methoden

lokales Handeln

Untenstehend der Aufkleber, den eine Braunschweiger Gruppe, die die Bernauer Aktion bewußt wahrgenommen hatte, für die Braunschweiger Verhältnisse umgesetzt hat.

Mittlerweile haben sich dem Aufruf neben zahlreichen Läden, Gaststätten, Schulen und Jugendzentren auch die Braunschweiger Verkehrsbetriebe angeschlossen!

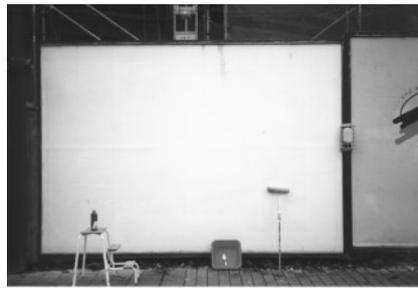
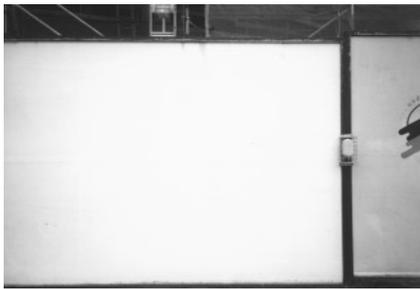


NEONAZIS



Ludwigshafen am Rhein,

Fußgängerzone Samstag 04.11.2000



Eine Plakatwandaktion bietet eine Menge Chancen. ..

Für die Gruppe – und für die Sache für die Ihr Euch engagiert. Und nicht alles, was auch vor 20 Jahren schon gemacht wurde, ist allein deswegen blöd....

- die Gruppe muss sich entscheiden, welches Motiv zu welchem Thema sie wählt: Diskussion und Entscheidung
- Welche Symbolik passt? Welche wirkt gerade an dieser Stelle? Und auf welche Entfernung?
- Die gemeinsame Umsetzung
- Und die Erfahrung der öffentlichen Wirkung: Wie wird das Motiv aufgenommen?

Gut vorbereitet ist dies ein klassische Gruppenerlebnis, bei dem mensch sich mal aus dem kuscheligen Gruppenraum herausgetraut hat und dabei öffentliche Wirkung erzielt.

Mehr zu dieser Aktion erfährt Ihr bei:

SJD - Die Falken •
Landesverband
Rheinland-Pfalz
Tel.: 06131/689339
Fax.: 06131/689339
55120 Mainz,
Bernhard-Winter-Straße 27
email.:
falken@mainz-online.de
www.home.mainz-online.de/
~falken

Ansprechpartnerin ist Chris Ludwig. Sie war von 1987 - 1999 ehrenamtliche Geschäftsführerin des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der Falken.

(Fotos Chris Ludwig)



The time to act is now!

Liebe KollegInnen,

Ich schreibe euch wegen der Gefahren der gegenwärtigen Flut rassistischer Gewalt und rassistischer politischer Organisation(en) in Deutschland. Wenngleich dies kein neues Phänomen ist, gibt es doch eine neue Stufe der Intensität und der Gefahr. Gleichzeitig gibt es aber auch neue Möglichkeiten, gegen diese Anzeichen sozialer und politischer Krankheit zu handeln.(...)

Aktionstag gegen Rassismus

Ich möchte einen ökumenischen Tag vorschlagen. Den AKTIONSTAG GEGEN RASSISMUS, in einer Stadt im östlichen Teil Deutschlands als den Höhepunkt der Kampagne. Ich würde hoffen, dass dafür ein allgemein akzeptiertes Datum von landesweiter Bedeutung gefunden werden könnte

Die Teilnahme sollte nicht auf engagierte Kirchenleute beschränkt bleiben, obwohl die Kirche die Führung übernehmen sollte. Breite Bündnisse von gesellschaftlichen Organisationen, RentnerInnen und Jugend, Frauenorganisationen und Berufsvereinigungen sollten dazu ermuntert werden, für die größtmögliche öffentliche Beteiligung zu sorgen. SchriftstellerInnen und KünstlerInnen haben sich in der Vergangenheit schon zu ähnlichen Themen positioniert. Viele gesellschaftliche Organisationen mit Millionen von Mitgliedern würden dafür eintreten. Die Kampagne würde dazu beitragen, die Ängste zu überwinden, die manchmal sehr real und nicht einfach nur eingebildet sind.

Kinder könnten dazu angeregt werden, an lokalen Wettbewerben für entsprechende Altersgruppen teilzunehmen. Ihre Bilder, Gedichte, Texte und Theaterstücke über Anti-Rassismus und die Rechte der Menschen würden einen mächtigen Bestandteil der Kampagne ausmachen. Die Kinder sind die anti-rassistische Zukunft. (...)

Community H.E.A.R.T.

ist ein eingetragener, gemeinnütziger Verein, der als internationale Hilfsorganisation Projekte zur Selbsthilfe im südlichen Afrika unterstützt. Die Abkürzung »H.E.A.R.T.« im Vereinsnamen steht für Health, Education and Reconstruction Training und damit für die Zielrichtung von Community H.E.A.R.T.: Hilfe zur Selbsthilfe in allen Bereichen des kommunalen Gesundheits- und Bildungswesens und beim Wiederaufbau des südlichen Afrika.

Community H.E.A.R.T. handelt nach dem Grundsatz: »Gib einem Mann einen Fisch und er kann einen Tag essen. Lehre ihn zu fischen und er kann sein Leben lang essen.«

Denis Goldberg: »Menschen müssen sich selbst durch ihre eigenen Taten befreien. Wir sind aber auch freier, wenn wir anderen geholfen haben, die notwendigen Fähigkeiten zu erwerben, um frei von Not zu sein; frei, sich selbst zu helfen, und frei, anderen zu helfen.« (...)



Jetzt ist die Zeit, um zu handeln!

Wenn die Unterdrückten SüdafrikanerInnen in der Lage waren, das mächtige Apartheidregime zu stürzen, dass sich auf gesetzlich verankerten Rassismus stützte, dann können Menschen in Europa mit der Unterstützung ihrer Regierung und der Gesetze ihres Landes ganz sicher gegen die Rassisten vorgehen und sie besiegen.

Ich hoffe, dass ihr diesen persönlichen Appell an euch sehr ernst nehmt. Bitte diskutiert mit KollegInnen über das Konzept, um zu sehen, wie es auf die weitgehendste und effektivste mögliche Art umgesetzt werden kann.

Bitte seht meinen Brief an euch nicht als die Einmischung eines Ausländers. Meine Sorge erwächst aus einer tiefen Überzeugung und der lebenslangen persönlichen Erfahrung, dass Hetze und Vorurteile bekämpft werden müssen, bevor sie sich in unserer Zivilgesellschaft gefährlich festsetzen. Deutschland ist eines der einflussreichsten Länder der Welt und es könnte uns allen ein wunderbares Vorbild werden.

Autor dieses Aufrufes, den wir hier in Auszügen veröffentlichen, ist Denis Goldberg. Er ist ein Wegbegleiter Nelson Mandelas und saß wegen seiner Tätigkeit beim ANC 22 Jahre im Gefängnis.

In seiner Funktion als Vorsitzender der Hilfsorganisation Community H.e.a.r.t. haben ihn die Falken mehrfach nach Deutschland eingeladen, um über das Südafrika nach der Apartheid zu berichten.



Kontaktadresse

Community H.E.A.R.T. e.V.,
Friederikenstraße 41,
D-45130 Essen

Tel.: 0201 / 77 71 76

Fax.: 0201 / 77 97 62

email: exile-ev@t-online.de

http://www.ik.fh-hannover.de/comheart/home_de.htm

<http://www.community-heart.org.uk/>





Internet-Link

Neonazis voll krass

<http://www.bnr.de/>

Blick nach rechts. „Kurz, prägnant und übersichtlich vermittelt der Informationsdienst das Wichtigste aus der Neonazi-Szene. Außerdem erfährt man, was in den rechtsextremen Gazetten steht und welche Veröffentlichungen es über den Rechtsextremismus gibt.“ (Prof. Dr. C. Butterwegge) Ausgewählte aktuelle Artikel online. Außerdem werden auf einer Karte Brennpunkte rechter Aktivitäten sowie Gegenprojekte dargestellt. Online-Spiel „Plopattack“.

<http://www.der-rechte-rand.de/>

Der Rechte Rand – Informationen von und für AntifaschistInnen. „Alle zwei Monate berichten wir über aktuelle Ereignisse im politisch rechten Lager, nennen dort aktive Namen und Organisationen, beleuchten Verbindungen und geben Entwicklungsprognosen ab. Außerdem dokumentieren wir antifaschistische Gegenwehr gegen jede Form von Rassismus und Faschismus und unterstützen sie.“ Inhaltsverzeichnisse der Zeitschrift und ausgewählte aktuelle Artikel online.

<http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib/>

Das Antifaschistische INFO-Blatt ist eine bundesweite Zeitung aus Berlin und berichtet beständig in sorgfältig recherchierten Hintergrundartikeln über Entwicklungen der extremen Rechten und antifaschistische Aktivitäten. „Widerstand braucht Gegenöffentlichkeit, bundesweit und international“

<http://www.netzgegenrechts.de/>

Das Informationsportal gegen Rechtsextremismus von deutschsprachigen Zeitungen, Agenturen und Sendern. Beiträge unter zwölf Fragestellungen (z.B. „Was tun Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gegen Rechtsextremismus?“; „Wie kann man die Entstehung rechtsradikaler Einstellungen bei Jugendlichen verhindern?“). Der Inhalt der Site wird täglich mit den Artikeln der Medienpartner aktualisiert.

<http://www.burks.de>

Fachjournalist mit umfangreichen Infos zu Neofaschismus. Aktuelles Buch: „Nazis sind Pop“. Sein „Informationsportal Rassismus und Antisemitismus“ ist umstritten wegen der umfangreichen Dokumentation direkter Links zu Naziseiten im Netz. Zwiespältig, aber spannend für Seminare.

<http://www.amadeu-antonio-stiftung.de>

Ziel der Amedeu-Antonio-Stiftung ist es, antidemokratische Tendenzen wie Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus zu bekämpfen und den Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft zu unterstützen. u.a. Förderkriterien, aber auch nachahmenswerte Beispiele geförderter Projekte online.

<http://www.aktiv-gegen-rechts.de/>

Bündnis „Brandenburg gegen rechts“ unter maßgeblicher Beteiligung der Brandenburger Falken. Materialien zum „Flagge zeigen“, Online-Grußkarten, ausführliche Linkliste...



Kontaktadresse

Arbeitsstelle gegen „Rechtsextremismus und Gewalt“

bei der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen e.V.

Bohlweg 55, 38100 Braunschweig

Tel.:0531/1233630

Fax.:0531/1233655

email: braunschweig@arbeitundleben-nds.de

Die Arbeitsstelle ist von bundesweiter Bedeutung und für die Beschaffung von Materialien oder ReferentInnen und für Anregungen unentbehrlich.

